

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 2,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf. frei im Post-
 bezug, Porto für die Postzusendung
 monatlich 6 Pf. Sonntagsnummern
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,00 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mk. für das übrige Ausland 4 Mk.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Adressat, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt für die siebenstellige Kolon-
 nelle 20 Pf. „Reine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (au-
 ßerhalb 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare
 und Stellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leertingdruckung 20%
Kommissionen-Anzeigen 50 Pf.
 politische u. gewerkschaftliche Berichts-
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 5 Uhr
 bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Dienstag, den 28. August 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ein deutscher Vorstoß östlich Czernowitz.

**Englische Erkundungsvorstöße in Flan-
 dern abgeschlagen — Erbitterte Kämpfe
 um Beaumont — Zurückgehen der Russen
 bei Jakobstadt — Rumänische Stellungen
 bei Soveja erobert — Russische Stellungen
 östlich Czernowitz genommen — Ueber
 1000 Gefangene, 6 Geschütze erbeutet
 Fortdauer der Isonzo-Schlacht — Der
 Monte Gabriele gegen alle Angriffe be-
 hauptet.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. August 1917. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern verstärkte sich der Artilleriekampf an der Lysse
 sowie zwischen Yper und Lys gegen Abend erheblich; er hielt
 auch nachts an.
 Heute morgen drangen mehrfach starke englische Erkundungs-
 abteilungen gegen unsere Linien vor; sie sind durchweg zurück-
 geschlagen worden.
 Vom Le Bassée-Kanal bis Lens ging starke Artilleriewirkung
 heftigen englischen Vorstößen voraus, die nordwestlich von Lens
 kurz vor Dunkelheit einsetzten; sie scheiterten verlustreich.
 Die Gefechte im Vorfeld unserer Stellungen westlich von
 Le Catela dauerten tagsüber mit wechselndem Erfolge an. Bei
 den Geschützen Malatoff und Cologne errang der Feind britische
 Vorteile; Versuche, den Gewinn zu erweitern, schlugen verlust-
 reich fehl.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Am Chemin-des-Dames und in der westlichen Champagne
 zeitweilig lebhafteste Artilleriekämpfe. Südlich von Ailles kamen
 französische Teilangriffe in unserem Abwehrfeuer nicht bis an
 unsere Hindernisse heran.
 Vor Verdun blieb es westlich der Maas im allgemeinen
 ruhig. — Auf dem Oiseufer wurde bis in die Nacht hinein erbittert
 gekämpft. Die nach Trommelfeuer bei Beaumont, im Hoffes- und
 Champagne-Walde einsetzenden Angriffe der Franzosen drängten uns
 anfangs auf Beaumont und den Waldhöfen heraus. Im
 Gegenstoß wurden Dorf und Wälder zurückgenommen und einige
 hundert Gefangene einbehalten. Abends brachen französische
 Kräfte erneut zu Angriffen vor, die zu noch andauernden Kämpfen
 um Beaumont führten. Zwischen dem Maas-Tal und der Straße
 Beaumont-Sahrauville sind alle Angriffe der Franzosen ge-
 scheitert.

**Front des Generalfeldmarschalls
 Prinz Leopold von Bayern**
 Nordwestlich von Jakobstadt gaben die Russen einige Stel-
 lungen auf dem Südufer der Düna auf; sie wurden von uns
 besetzt.
 Bei Baranowitsch und südwestlich von Luck lebte im An-
 schluß an erfolgreiche eigene Erkundungsvorstöße das Feuer auf;
 bei Gustafyn erzielte unsere Artilleriewirkung einen russischen
 Angriffsversuch.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph
 Im Angriff entrieffen deutsche Truppen den Rumänen einige
 Höhenstellungen nordwestlich von Soveja; heftige Gegenstöße des
 Feindes brachen verlustreich zusammen.
 Bei der
**Secresgruppe des Generalfeldmarschalls
 von Madensen**
 und an der
Mazedonischen Front
 keine Ereignisse von Belang.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorff.

Abendbericht.
 Berlin, 27. August 1917, abends. Amtlich.
 In Flandern scheiterte morgens ein starker englischer
 Angriff östlich von Ypern. Nachmittags heftiger Artillerie-
 kampf nordöstlich der Stadt.
 Vor Verdun blieb bei den Frühkämpfen Beaumont in
 unserer Hand.
 Im Osten brachte ein Angriff uns in Besitz wichtiger
 Stellungen östlich von Czernowitz. Bisher sind mehr als
 1000 Gefangene und 6 Geschütze als Beute gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. August 1917. (B. L. B.) Amtlich wird
 veröffentlicht:

Oestlicher Kriegsschauplatz.
 Bei Soveja erstickten deutsche Truppen der Heeresfront
 Erzherzog Joseph eine feindliche Stellung und behaupteten sie
 gegen heftige Angriffe.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Die erste Isonzo-Schlacht dauert fort. Die Angriffe des
 Feindes richteten sich abermals gegen unsere Linien auf der
 Hochfläche von Bainizza-Heiligengeist und nördlich von Görz.
 Der Kampf wurde namentlich östlich von Ruzza, wo Steirer
 vom Regiment 47, Dalmatiner der 37. er Schützen und andere
 Truppen dem Feind erfolgreich entgegengetreten, sowie auf dem
 heiß umstrittenen Monte San Gabriele mit großer Erbitterung
 geführt. Die wackeren Verteidiger behaupteten sich gegen alle An-
 griffe. Auf der Karsthochfläche nur Feldwachengeplänkel. Drei
 italienische Flieger wurden von der Erde aus abgeschossen.

Balkan-Kriegsschauplatz.
 Nichts Neues.
 Der Chef des Generalstabes.

Stockholm.

Das holländisch-skandinavische Komitee an die Entente-Sozialisten.

Stockholm, 27. August. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
 wärts“.) Das holländisch-skandinavische Komitee hat an die
 Konferenz der Entente-Sozialisten ein längeres Begrüßungs-
 telegramm gefandt. In diesem dankt es zunächst für die Be-
 schlüsse, die sich für eine Beteiligung an der Konferenz aus-
 sprechen auf Grund der Einladung der russischen Arbeiter-
 klasse, die einen der gefährlichsten Herde der Reaktion be-
 seitigt hat. Um die Teilnahme aller sozialistischen Parteien
 an der Konferenz zu ermöglichen, sei die Veseitigung
 großer Schwierigkeiten erforderlich, wobei viel auf
 die Londoner Konferenz ankomme. Weiter heißt es wörtlich:
 „Eure Verantwortlichkeit gegenüber der Internationale ist mit
 den Ereignissen gewachsen. Als wir die Konferenz auf Mitte
 August einberiefen, waren wir des Anschlusses der britischen
 und französischen Parteien sicher. Nachdem Ihr den 9. Sep-
 tember vorge schlagen habt, wiesen wir auf die Schwierig-
 keiten dieses Datums für die Teilnahme mancher Par-
 teien hin, stimmten aber zu. Nachdem nun die Paß-
 verweigerung erfolgt ist, trägt das Komitee der
 neuen Situation Rechnung und erwartet vertrauensvoll
 eure Beschlüsse und eure neuen Vorschläge. Das Komitee
 hat den Eindruck, daß die Paßverweigerung nicht nur gegen
 Stockholm, sondern auch gegen das ganze organi-
 sierte Proletariat gerichtet ist. Die herrschenden
 Klassen wissen, daß das Kriegsende nahe ist, sobald die Arbeiter-
 klasse nicht mehr dem Willen der Kriegsverlängerer folgt.“
 Schließlich weist die Depeche auf die Aufgabe der
 Arbeiterklasse hin, an der künftigen Friedenssicherung durch
 Schaffung eines internationalen Rechts mitzu-
 arbeiten. Unterzeichnet ist die Kundgebung von Quysmans.

Eine Frauenkonferenz.

Stockholm, 27. August. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
 wärts“.) Laut „Sozialdemokraten“ plant das Schwedische
 Sozialistische Frauenkomitee vom 16. bis 18. September eine
 eventuelle Besprechung aller anlässlich der Konferenz nach
 Stockholm kommenden Genossinnen über aktuelle Frauen-
 fragen. Gegebenenfalls soll auch zu den Konferenzbeschlüssen
 Stellung genommen werden.

Kerenski gegen die Paßverweigerung.

Wie das Stockholmer Sowjetbulletin mittelt, veröffentlicht das
 offizielle Organ der Arbeiter- und Soldatenrates, die „Sobesjaja
 Societa Rabotitsch i Soldatsch Deputatow“, eine Erklärung
 Kerenski, daß die provisorische Regierung die Stockholmer Konferenz
 zwar nach wie vor als eine Parteiangelegenheit betrachtet,
 jedoch zugleich sich alle Mühe gibt, damit die Konferenz unter
 Beteiligung der Vertreter der verbündeten Länder zustande kommt.

Die Petrograder Organisation der Menschewiki faßte nach
 den Reden von Agelrod, Teretelli und Martoff eine sehr ent-
 schiedene Resolution gegen die konferenzfeind-
 liche Haltung Plechanoffs.

Auch der Allrussische Kongreß der Arbeiterkonsumvereine for-
 derte von der Regierung wirksame Maßnahmen zur Ve-
 seitigung der Hindernisse, die der Stockholmer Kon-
 ferenz von den alliierten Ländern in den Weg gelegt werden. Die
 Resolution spricht die Ueberzeugung aus, daß es den Bemühungen
 des vereinigten Weltproletariats gelingen wird, die Internationale
 wieder herzustellen, die die eine Voraussetzung des Kampfes für die
 baldigste Liquidierung des Krieges darstellt.

Der Kongreß von Moskau.

Kerenski und seine Ministerkollegen haben auf dem
 Kongreß von Moskau die Zerrissenheit Rußlands vor
 den Augen aller Welt aufgetan, wie etwa ein indischer
 Bühler seine Wunden zur Schau trägt. Was selbst im Frieden
 keine Regierung gern aussprechen hört, wozu im Kriege jede
 andre die Kunde rücksichtslos unterdrückt, das haben sie aus
 dem Moskauer Opernhaus in die Welt hinausgeschrien, damit
 es Freund und Feind und vor allem das eigene Volk höre.
 Daß die Disziplin des Heeres zerrüttet, die Kraft der Wirt-
 schaft gebrochen ist, und daß der Reichtum des Landes, soweit
 er sich in Geld ausdrückt, nur noch in bedruckten Zetteln be-
 steht, die die Notenpresse verschwenderisch über das Land aus-
 schüttet. Ein halbes Jahr ist kaum seit den Tagen vergangen,
 in denen der Zarenthron zusammenbrach und Rußland in Jubel
 schwamm. Freiheit und Weltverbrüderung, allgemeines Völker-
 Glück war das Ziel der russischen Revolution. Aber der Weg
 der letzten fünf Monate, der Weg von der Begründung des
 Sowjet bis zum Moskauer Nationalkongreß war für Rußland
 der furchtbarste Leidensweg, den je ein Volk bestritten hat.

Wir suchen in den Moskauer Reden Antwort auf die
 Frage, wie ein Ausweg aus diesen schweren Wirren geschaffen
 werden soll, und wir finden sie nicht. Alle Völker brauchen
 zum Aufbau ihrer niedergebrochenen Wirtschaft und der Neu-
 ordnung ihrer inneren Verhältnisse den Frieden, und nur
 durch den Frieden kann auch die russische Revolution gerechert
 werden. Vom Frieden ist aber in Moskau nicht gesprochen
 worden. Oder doch — es ist von ihm so gesprochen worden,
 als ob jeder Gedanke an ihn eine schimpfliche Zumutung sei,
 die man mit Entrüstung zurückweisen müsse.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Gedanken eines
 Sonderfriedens mit Rußland abgelehnt, und der „Vorwärts“
 hat wiederholt die deutsche Regierung vor Bestrebungen, die
 in seiner Richtung liegen, gewarnt. Es ist uns vollkommen
 klar, daß Rußland nicht auf ein Angebot eingehen kann, das
 auf eine Preisgabe seiner bisherigen Verbündeten an die
 deutsche Waffengewalt hinausläuft. Weniger klar ist uns,
 warum die russische Regierung selbst keine Gelegenheit vor-
 übergehen läßt, um gegen einen Sonderfrieden so polemisi-
 sieren, auch dann, wenn er eigentlich gar nicht mehr zur
 Debatte steht. Die revolutionäre Regierung Rußlands hat
 auf dem Gebiet der auswärtigen Politik doch auch noch andere
 Aufgaben: vor allem die, den Bundesgenossen zu verstehen
 zu geben, daß Rußland nicht gewillt sei, für
 fremde Eroberungsziele zu verbliuten. Davon
 steht aber kein Wort in den Moskauer Ministerreden.

Kerenski spricht von Deutschland als „dem unerbötli-
 chen Feind“. In derselben Rede macht er aber auch Mit-
 teilung von einer Säufung der deutschen Friedens-
 angebote, die auch uns Deutsche überrascht. Daß Ruß-
 land auf dem Wege der drahtlosen Telegraphie wiederholt
 der Frieden angeboten worden sei, das haben wir ja viel
 später, als schon die ganze feindliche und neutrale Presse voll
 davon war, auf Umwegen erfahren dürfen. Jetzt erzählt
 Kerenski, die deutsche Regierung habe vor einigen Tagen —
 doch die Sache ist so wichtig, daß wir wörtlich zitieren wollen.
 Der von Wolff weitergegebene russisch-offizielle Bericht läßt
 Kerenski folgendes sagen:

Vor einigen Tagen waren wir Zeugen eines neuen
 schamhaften ähnlichen Versuches, der sich gegen
 unsere Verbündeten richtete. Diese haben ihn mit derselben
 Entrüstung zurückgewiesen und im Namen des großen russischen
 Volkes sage ich unseren Alliierten: Das ist die einzige Ant-
 wort, die wir von Euch erwartet haben.

Der Bericht vermerkt nach diesen Worten:
 Langanhaltender Beifall und Huldigungen der ganzen
 Versammlung vor den anwesenden Diplomaten der Alliierten.

Wir stellen fest, daß dem deutschen Volk,
 der deutschen Presse und dem deutschen Reichstag auch nicht ein Sterbenswort von
 dieser ganzen Angelegenheit bekannt ist. Es
 wird wohl erlaubt sein, schleunigste und
 gründlichste Aufklärung hierüber von der
 deutschen Regierung zu verlangen.

Das deutsche Volk will den allgemeinen Frieden,
 dessen Grundzüge in dem Reichstagsbeschluss vom 19. Juli
 niedergelegt sind. Diese von der deutschen Volksvertretung
 gebilligte Friedenspolitik würde nicht gefördert, sondern ge-
 schädigt werden durch eine heimliche Friedens-
 hausiererei, die an einer Hintertür nach der andern an-
 klopft und fragt, ob nichts zu handeln sei. Die Erfahrungen,
 die man in Rußland mit diesen Methoden gemacht hat, sind
 so eindeutig, daß sich ihre Wiederanwendung von selbst hätte
 verbieten müssen.

Kerenski setzte nach dem allgemeinen Beifallsausbruch
 seine Rede damit fort, daß er dem rumänischen Volk

aus besonders seine Würdigung darbrachte. Man kann daraus schließen, daß das neueste heimliche Angebot den Russen nicht gefallen hat, man muß es aber nicht. Das deutsche Volk würde befreit aufatmen, wenn es von der deutschen Regierung erfahren würde, daß an der ganzen Sache nichts Wahres sei.

Heimliche Sonderangebote müssen von den Gegnern stets als Verleumdungen empfunden werden, sie zum Verrat an ihren Bündnispartnern zu bewegen. Ihre Ablehnung kommt daher einer moralischen Niederlage Deutschlands gleich, statt daß dem Frieden damit gedient würde, werden Haß und Kriegslust neu aufgepeitscht.

Trotzdem bleibt der Widerspruch bestehen, daß Kerenski Deutschland den „unverföhlichen Feind“ nennt und es im gleichen Atemzuge beschuldigt, mit unannehmbaren Friedensangeboten herumzulauern. Er hat in Moskau nicht wie ein internationaler Sozialist, sondern wie ein Nationalist gesprochen, und er hat damit seine Rede auf den Weisfall der überwiegend bürgerlichen Versammlung gut eingestellt.

Man kann ihm freilich dabei zugute halten, daß er durch die bolschewistische Agitation geradezu auf die Gegenseite hinübergedrängt worden ist. In Rußland ist die Frage auf das Gremmel gemacht worden, daß man mit der Negation der Landesverteidigung und mit dem Predigen der Anarchie während des Krieges wirksame Friedenspolitik nicht treiben kann. Die Wirkung schlägt in das Gegenteil um. Es ist kein Gewinn für die Arbeiterbewegung, wenn ein Teil von ihr ins anarchosozialistische Fahrwasser gerät, während der andere sich nationalitätlichen Tendenzen nähert. Hätten die Bolschewiki begriffen, daß der Friedenswille eines Volkes an der Selbstverteidigungspflicht seine Grenze hat, und hätten sich die übrigen Richtungen des russischen Sozialismus von demselben leidenschaftlichen Friedenswillen durchdringen lassen, der die Bolschewiki besetzt, so stünde es um Rußland und um die ganze Welt heute besser.

Es fällt auf, daß Kerenski zwar von einem heimlichen Sonderfriedensangebot der deutschen Regierung gesprochen hat, von dem das deutsche Volk nichts weiß, daß er aber kein Wort verloren hat über den Friedensbeschluß des Reichstages vom 19. Juli. Es sei an dieser Stelle die Frage an ihn gerichtet, ob die Sprache jenes Beschlusses die eines „unverföhlichen Feindes“ ist! Warum verweigert Kerenski, wenn er ein Friedensfreund sein will, daß das deutsche Volk und seine Vertretung den Frieden ehrlich wollen, daß sie denselben allgemeinen Frieden wollen, den die vorläufige Regierung Rußlands nach dem Sieg der Revolution auch als ihr Ziel verkündet hat?

Kerenski ist nur dann berechtigt, die Bolschewiki zu bekämpfen, wenn er mit derselben Entschlossenheit auch die Kriegsverlängerer im eigenen Lande und bei den Verbündeten Rußlands bekämpft. Tut er das nicht, etwa in der gleichen Weise, wie wir deutschen Sozialdemokraten unsere Alldeutschen bekämpfen, dann führt er seine Regierung und mit ihr ganz Rußland auf verhängnisvolle Wege. Wenn wir aber fragen, was der Moskauer Kongreß für die große Sache der russischen Revolution, für den allgemeinen Weltfrieden, getan hat, so finden wir aus den bisherigen Berichten darauf keine Antwort.

Kerenski eröffnet den Moskauer Nationalkongreß.

Mit Blut und Eisen gegen die Regierungsgegner — Die Ablehnung des deutschen Friedensangebots — Drohungen gegen Separatisten und Maximalisten.

Petersburg, 25. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Große Oper in Moskau, in der die angekündigte Konferenz stattfand, war von einer ungeheuren Menschenmenge umringt, deren Haltung durchaus ruhig war. Da aber am Abend vorher heunruhigende Gerüchte die Stadt durchweilt hatten, hatte der Militärgouverneur von Moskau Vorkehrungen getroffen. Unter anderem wurde das Opernhaus eng von Kavallerieabteilungen umgeben. Alle Türen wurden bewacht und jede Eintrittsart genau geprüft.

Um 3 Uhr nachmittags wurde die Konferenz mit einer

Rede des Ministerpräsidenten Kerenski

eröffnet, in der dieser etwa folgendes ausführte:

Die Regierung habe Bürger des großen und freien Landes nach Moskau berufen nicht wegen politischer Erörterungen oder Parteistreitigkeiten, sondern um ihnen offen und freimütig die reine Wahrheit zu sagen, die das Vaterland erwarte, und ihnen darzulegen, wie sehr Rußland in diesem Augenblick leide. Jeder Versuch, die Konferenz zu benutzen zu einem Angriff auf die nationale revolutionäre Macht, welche die vorläufige Regierung verkörpere, würde unerbittlich

mit Blut und Eisen

unterdrückt werden. Diejenigen, erklärte der Minister, welche glauben, daß der Augenblick gekommen ist, die revolutionäre Macht mit Bajonetten zu kürzen, täuschen sich und mögen sich hüten, denn unsere Autorität stützt sich auf das unbegrenzte Vertrauen des Volkes und Millionen von Soldaten verteidigen uns gegen einen deutschen Einfall. Die Regierung glaubt, daß sie die Wahrheit sagen kann und daß diese Wahrheit nicht nur unsere Freunde erfahren können, sondern besonders unsere Feinde, diejenigen, die unsere Truppen zerstören, diejenigen unter uns, die den Augenblick erpähen, wo sie das Haupt erheben und sich auf das freie russische Volk werden stützen können. Ich wiederhole, wir werden Ihnen nichts verheimlichen, denn seit der Revolution kommen wir zum erstenmal zusammen, um freimütig zu sprechen und Ihnen die unerträgliche, ungeheure Verantwortung darzulegen, die wir tragen trotz aller Schläge, die wir erleiden. Bürger, der Staat durchschreitet

eine Stunde tödlicher Gefahr.

Ich will nicht weiter davon sprechen, denn jeder von Ihnen ist sich dessen bewußt. Aber Sie wissen auch alle, daß die Aufgabe, die Ihnen zufällt, besonders der Kampf gegen den mächtigen, unverföhlichen und organisierten Feind, große Opfer, Selbsterleugnung, tiefe Vaterlandsliebe und Vergessen unserer inneren Streitigkeiten verlangt.

Kerenski fuhr fort: Im politischen Leben ist dieser Prozeß der Desorganisation noch lebhafter und treibt sogar gewisse, Rußland bewohnende Nationalitäten dazu, ihr Teil nicht in enger Vereinigung mit dem Mutterlande zu suchen, sondern in separaten Bestrebungen. Endlich wurde das Ganze gekrönt durch die große Schmach an der Front, wo russische Truppen, ihre Pflicht gegen das Vaterland vergeissend, ohne Widerstand dem Drängen des Feindes wichen und so für ihr Volk neue Ketten des Despotismus schmiedeten. Wir sind so tief gefallen, weil wir

uns noch nicht von der verhängnisvollen Erblichkeit des alten Regimes freimachen können. Nun marschieren diejenigen, die vorher vor der autokratischen Regierung zitterten, lähn gegen die Macht, die Waffen in der Hand. Aber mögen sie wissen, daß unsere Geduld ihre Grenzen hat und daß die, die sie überschreiten werden, auf eine Nacht stoßen werden, die sie die Zeiten des Zarismus zurückrufen lassen wird.

Wir werden unverföhlich sein,

weil wir überzeugt sind, daß die höchste Gewalt allein das Heil des Vaterlandes sichern wird, und deshalb werde ich tatkräftig jeden Versuch verhindern, aus dem nationalen Unglück Rußlands Nutzen zu ziehen.

Kerenski sprach dann von dem russischen Heer, das während des alten Regimes ein Körper auf lönnernen Füßen und fast ohne Kopf war, und wies auf die Opfer und die Selbstverleugung der Offiziere hin, die nach Möglichkeit gegen die Anarchie und die Desorganisation des Heeres ankämpften, welche die Aufgabe des russischen Volkes und seiner Regierung, die Freiheit und das Vaterland zu retten, so schwierig machen.

Der Redner sagte dann, daß die Zeit gekommen sei, die Eroberungen der Revolution und den Staat selbst zu konsolidieren, und fuhr fort: Vor einiger Zeit haben wir mit Entrüstung den Vorschlag eines Sonderfriedens (!)

zurückgewiesen. Vor einigen Tagen waren wir Zeugen eines neuen schändlichen ähnlichen Versuches, der sich gegen unsere Verbündeten richtete. (!) Diese haben ihn mit derselben Entrüstung zurückgewiesen und im Namen des großen russischen Volkes sage ich unseren Alliierten: Das ist die einzige Antwort, die wir von Euch erwartet haben. (Ranganhaltender Beifall und Huldigungen der ganzen Versammlung vor den anwesenden Diplomaten der Alliierten.) Kerenski huldigte dann im besonderen dem rumänischen Volk, das infolge des Krieges so sehr gelitten habe und sagte, daß es in Rußland Gastfreundschaft finden würde, wenn es gezwungen werden sollte, sein Heimatland vorübergehend zu verlassen.

Zur nationalen Frage übergehend, erklärte Kerenski, daß die Demokratie Rußlands trotz der nicht allzu freundschaftlichen Haltung einiger Nationalitäten gegenüber dem Mutterlande diesen alles geben werde, was sie durch den Mund der vorläufigen Regierung versprochen habe und was ihnen die Verfassungsgebende Versammlung noch würde bewilligen wollen. Aber, sagte der Minister, da, wo der Kampf die Grenzen des Möglichen überschreitet, wo man aus unseren Verlegenheiten Nutzen ziehen will, um den freien Willen Rußlands zu verewaltigen, sagen wir „Hände weg!“ Kerenski sprach dann im besonderen von Finnland und bestätigte, daß die Regierung

die Wiedereröffnung des aufgelösten Landtags mit Gewalt verhindern werde und hoffe, daß das ganze Land diesen Entschluß der Regierung billigen werde.

Kerenski erklärte weiter, daß die Regierung das Heer gegen unzulässige Einflüsse, die jedes Gefühl für militärische Schmach aus den Herzen der Soldaten vertrieben, zu beschützen wisse und energisch gegen die Maximalisten und jeden Versuch ihrerseits, die Disziplin zu verderben, kämpfen werde. Der Ministerpräsident schloß: Meine Kollegen werden Ihnen den Zustand tiefer Desorganisation schildern, in dem sich das Land befindet, um ihm abzuhelfen. Wir alle müssen die notwendigen Opfer bringen, müssen auf persönliche und Parteinteressen verzichten.

Reden der Minister.

Nach Kerenski erklärte der Minister des Innern Awfentjew er habe der Rede des Ministerpräsidenten, der die Wunden Rußlands gezeigt habe, nicht viel hinzuzufügen.

Der Minister für Handel und Industrie Prokopowitsch führte aus, der Angelpunkt der wirtschaftlichen Lage Rußlands sei der Krieg, der während des ersten Jahres 53 Milliarden Rubel gekostet habe, während des zweiten 112. Andererseits hätten die gesamten Einnahmen im ganzen Reich im Jahre 1913 ungefähr 16 Milliarden betragen. Da Rußland beim Beginn des Krieges vom Weltmarkt abgeschnitten worden sei, hätte es alles auf den inneren Märkten nehmen müssen, was zu einer großen Knappheit der Waren geführt habe. Zu gleicher Zeit habe die allgemeine industrielle Entwicklung eine starke Verminderung erfahren, zum Beispiel im Donezbecken um 50 Proz. Was die Lebensmittelversorgung anbetriffe, so sei die Lage des Landes außerordentlich schwierig. In mehreren Provinzen könne das Brot ausgehen. Die Verpflegung von Petersburg und Moskau habe den tiefsten Stand erreicht. Auch in der Armee habe der jüngste Durchbruch der Front zu großen Schwierigkeiten geführt. Zur Industrie übergehend, erklärte der Minister, er suche die vorhandene Industrie zu schonen, ihre schöpferischen Kräfte aufrechtzuerhalten und sie für die Demobilisierung vorzubereiten. Er bemühe sich, die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit beizulegen und halte es für notwendig, die Gewinne der Industriellen zu regeln, um ihre Bereicherung auf Kosten der Bevölkerung zu verhindern.

Darauf erklärte Finanzminister Nekrasow, daß die Staatsausgaben seit Ausbruch der Revolution bedeutend gestiegen seien. Im Jahre hätte man 1914 monatlich ungefähr 210 Millionen Papiergeld in Umlauf gebracht, 1915 monatlich 223 Millionen, 1916 monatlich ungefähr 290 Millionen. Während der ersten zwei Monate des Jahres 1917 habe die monatliche Ausgabe von Banknoten 423 Millionen betragen und seit März betrage sie im Mittel

832 Millionen monatlich.

Beispielsweise verlangten die Verpflegungsausschüsse jährlich eine halbe Milliarde Rubel.

Der Minister hob hervor, daß die Finanzschwierigkeiten des Staates besonders der außerordentlichen Steigerung der Arbeiterlöhne abhängen. Allein die Arbeiter der Putilowwerke hätten in diesem Jahre neue Forderungen von 90 Millionen Rubel aufgestellt. Ferner wären sie bedingt durch den geringen Eingang von Steuern, Gebühren und ähnlichem. Selbst sehr verstärkte direkte Steuern könnten die Staatsausgaben nicht decken und die indirekte Besteuerung werde unvermeidlich.

Nekrasow erwähnte dann die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der Finanzkraft des Landes und erklärte, das Ministerium werde gezwungen sein, zu verschiedenen Handelsmonopolen zu greifen, nämlich Zucker, Tee, Streichhölzern und anderem.

Der Bürgermeister von Moskau, Rudnew, begrüßte dann die Versammlung und sagte, die Bevölkerung der alten Hauptstadt habe nichts mit der anarchischen Minderheit zu tun, die durch einen Ausstand versuche, diese wichtige Konferenz in Frage zu stellen.

Kerenski dankte dem Bürgermeister, dessen Worte der Regierung Kraft und neuen Glauben einflößten. Am Sonntag fand keine Sitzung statt. Die einzelnen Gruppen besprachen die Regierungserklärungen. Nächste Sitzung Montag.

Eine Maximalistenkundgebung gegen die Konferenz.

Petersburg, 25. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Vorabend der Konferenz ließen der Bürgermeister Moskaus und die Parteien der Revolutionären Sozialisten und der Demokratischen Sozialisten zwei Aufrufe an die Bevölkerung sowie an die Arbeiter und Soldaten anschlagen, in denen diese aufgefordert werden, die Ruhe zu bewahren und der Regierung und der Konferenz zu gestatten, ungestört für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Trotzdem beschlossen die maximalistischen Sozialisten und der Rat der Gewerkschaftsverbände, gegen die Konferenz zu protestieren, die sie als bürgerlich und gegenrevolutionär betrachteten. Es gelang ihnen, einen Teilschanda in Moskau herbeizuführen. Zahlreiche Fabriken und Werkstätten feierten, die Straßenbahnen verkehrten nicht, die Wirtschaftler und Hotels sind geschlossen. Die Maximalisten bemühen sich, den Ausstand allgemein zu machen, haben aber bisher keinen allzu großen Erfolg damit gehabt.

Waffengewalt gegen die finnischen Sozialisten.

Kopenhagen, 27. August. „Politiken“ meldet aus Helsingfors: Hier herrscht gegenwärtig eine lebhafteste Bewegung gegen die vorläufige russische Regierung. Die Sozialdemokraten, die im Landtag die Mehrheit haben, beschlossen, dem Verbot der russischen Regierung zu trotzen und den Landtag auf den 29. August einzuberufen. Sie erklären, daß sie selbst vor Waffengewalt nicht zurückschrecken werden. — Folgensichere Ereignisse werden erwartet, da der Generalgouverneur aus Petersburg Befehl erhalten hat, gegenüber den Sozialdemokraten Waffengewalt anzuwenden, falls diese versuchen sollten, ihren Willen durchzusetzen.

Bern, 26. August. Die „Temps“ aus Petersburg meldet, daß der erste Kongreß der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands dort statt. Zwölf sozialistische Parteien der verschiedenen Nationalitäten Rußlands, darunter Letten, Armenier, Ukrainer, Mohammedaner und Juden, hatten Vertreter entsandt. Es wurde unter anderem beschlossen, daß den verschiedenen Nationalitäten Rußlands administrative Autonomie gewährt werden soll. Ferner soll die Internationale aufgefordert werden, nicht nur Vertreter verschiedener Staaten, sondern auch verschiedener Nationalitäten aufzunehmen. Das Zentralkomitee der Sozialistenpartei Finnlands richtete einen Aufruf bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit des Landtags an das ganze finnische Volk. In dem Schriftstück wird erklärt, die vorläufige Petersburger Regierung habe durch die Auflösung des Landtags nur eine Beschränkung der Freiheiten Finnlands im Auge gehabt. Der Landtag könne die Gefügigkeit der Auflösung nicht anerkennen.

Prozeß Suchomlinow.

Der Schuld am Munitionsmangel beschuldigt.

Petersburg, 26. August. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Im Prozeß Suchomlinow schildert der Junge General Januschewitsch die furchtbare Lage der russischen Armee, die sich plötzlich fast ganz ohne Munition und Gewehre sah. Schon vor dem Kriege konnte Rußland infolge der schwachen Erzeugung der Fabriken und wegen Mangel finanzieller Hilfsquellen keine Versorgung mit Munition erzielen, die der der europäischen Länder gleichkam. Als der Krieg ausbrach, wurde die Not drückend. Hunderte von Bitten um Lieferung von Munition kamen ins Hauptquartier, das seinerseits einen Druck auf Suchomlinow ausübte, die Munitionsherstellung zu beschleunigen. Aber der ehemalige Minister beantwortete alle Telegramme mit trostlosen Versprechungen, ohne das geringste zu tun, um die Lage zu verbessern, infolge deren die Soldaten massenhaft zu Grunde gingen und in das Innere des Landes flohen, da es ihnen physisch unmöglich war, dem Feinde Widerstand zu leisten. Da die Deutschen wußten, daß die Russen nicht schießen konnten, führten sie ihre Artillerie ganz dicht an die russischen Stellungen heran, die sie dann beschossen, wobei sie furchtbare Verwüstungen in den russischen Reihen anrichteten.

In Beantwortung dieser Erklärung sagte Suchomlinow, daß Deutschland sich seit 40 Jahren auf den Krieg vorbereitet, während Rußland fast nichts dafür getan habe.

Die Lage an den deutschen Fronten.

Berlin, 27. August. In Flandern versuchten die Engländer am 26. August, morgens 5 1/2 Uhr, östlich von Ypern nach heftigem Artilleriefeuer einen Vorstoß von drei Kompagnien, die von drei Tanks begleitet wurden. Nach Aufregung eines der Tanks, gaben die Engländer den Vorstoß auf. Das Artilleriefeuer blieb den ganzen Tag und die Nacht zum 27. über heftig. Das deutsche Abwehrfeuer bewirkte zahlreiche Explosionen in dem englischen Batterienstern um Boesinghe. Der Rest des Engländerneffes bei St. Julien wurde am Abend geräumt. Am Morgen des 27. August entspannen sich nach heftigem Trommelfeuer Gefechte an der Straße Ypern—Menin, sowie östlich Osttabelle. Die von starken Abteilungen vorgetragenen Erkundungsvorstöße der Engländer wurden sämtlich zurückgeschlagen.

An der Arrasfront wurde am Abend des 26. zwischen der Kolonie St. Auguste und Lens ein neuer kanadischer Angriff im Nahkampf blutig abgeschlagen. Zwei weitere Angriffsversuche erlitten in deutschen Vernichtungsfener.

In den Gefechten nördlich von St. Quentin war es den Engländern am frühen Morgen des 25. gelungen, bei einem in Divisionbreite gegen unsere Stellungen nördlich und westlich Malaloff-ferme, bei Cologne-ferme und südlich davon geführten Angriff in etwa 1 1/2 Kilometer Breite in die deutsche Vorfeldzone einzudringen. In erbitterten, den ganzen Tag über währenden Kämpfen wurde ein Teil der verlorenen Geländestücke wieder gewonnen. Weitere englische Angriffe südlich der Cologne-ferme nach 9 Uhr und 4 Uhr nachmittags scheiterten verlustreich.

An der Aisnefront war die Gefechtsintensität lebhafter. Ein französischer Angriff südlich Ailles kurz nach 2 Uhr nachmittags scheiterte. Infolge des wirksamen deutschen Vernichtungsfeners auf die mit französischen Sturmtruppen sich füllenden Ausgangsstellungen brachten die Franzosen nur einen Teil der Infanterie aus den Gräben heraus, deren Angriff im deutschen Abwehrfeuer bereits zusammenbrach. Das gleiche Schicksal erlitt am Abend ein französischer Angriff bei der

Surlebise-Ferne. Seit Tagesanbruch starkes Feuer in der Gegend Fort Malmou. Bei Cerny brachte eine unserer Patrouillen mehrere Gefangene zurück.

An der Verdunfront wurden den Franzosen Anfangserfolge eines neuen starken Angriffs, der nach stärkster Feuersteigerung am 26. August um 5 Uhr vormittags von Beaumont bis zum Chaume-Walde einsetzte, in erbitterten Kämpfen im Gegenstoß zum größten Teil wieder entziffen. Der Gegner wehrte sich verzweifelt, unsere tapfer stehenden Truppen drängten ihn in ungestümen Angriff Schritt für Schritt zurück. Die französischen Verluste des 26. sind abermals schwer. Am Abend verübten die Franzosen einen neuen Angriff, der von Samogneux bis zur Höhe 344 blutig abgeschlagen wurde. Um das Dorf Beaumont wird noch gekämpft.

Im Osten wurden westlich der Suczawa bei Burna und Ardora feindliche Vorstöße abgewiesen. An der Susita wurden rumänische Stellungen an der Höhe 441 nördlich Soveja erobert und gegen mehrere Gegenangriffe behauptet. Außer schweren blutigen Verlusten büßten die Rumänen über hundert Gefangene, vier Maschinengewehre und zahlreiche Grabenwaffen ein. Ein rumänischer Angriff gegen die Höhe 895 nordöstlich Soveja brach verlustreich zusammen.

Die Schlacht am Isonzo.

Wien, 27. August. Aus dem Kriegspressquartier wird am 27., abends, mitgeteilt: Die italienischen Angriffe auf der Hochfläche von Bainizza-Heiligengeist dauerten mit unermüdlicher Heftigkeit an. Der Feind wurde abgeschlagen. — Auch alle seine Unternehmungen gegen den Monte San Gabriele blieben erfolglos. — Nordöstlich von Tzeranow wurde eine Stellungenverbesserung erfolgreich durchgeführt.

Italienischer Seeresbericht vom 26. August. Die Isonzoslacht beginnt ihren großartigen Umfang zu zeigen. Die Kampftätigkeit, die nördlich von Görz seit dem 19. August stattfand, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden. Die tapferen Truppen der zweiten Armee schlugen unter dem feindlichen Feuer 14 Brücken und überschritten den Isonzo in der Nacht zum 19. Sie machten darauf einen Angriff gegen die Hochfläche von Bainizza, indem sie entscheidend gegen die Front Jeleni-Brück vorstießen. Darauf umgingen sie die drei feindlichen Verteidigungslinien von Semmer, Kobilje und Radoni. In Verbindung mit diesen Kampfhandlungen und in derselben Zeit griffen andere Kräfte dieselben Linien von vorn an und durchbrachen sie trotz hartnäckigen feindlichen Widerstandes. Die Folge dieses kühnen Manövers war der Fall des Monte Santo. Die Truppen der 2. Armee setzen jetzt ihren Vormarsch gegen den Oststrand der Hochfläche von Bainizza fort und treiben den Feind zurück, der mit starken Abteilungen von Maschinengewehren und leichter Artillerie sehr lebhaften Widerstand leistet. In den Kämpfen vom 19. bis 23. August zeichneten sich die 13. und 34. Brigade, Livorno, die 95. und 96., Udine, die 127. und 128., Florenz, die 267. und 268., Tortona, die 281. und 282., Insel Elba, das 279. Infanterie-Regiment (Brigade Vicenza), die 1. und 5. Bergartilleriebrigade (das 6., 12., 14. und das 21. Regiment), die 9. und 13. Bombardierabteilung und das 2. und 4. Bataillon der Brückenbau- und Genieabteilung unter allen am Kampfe beteiligten Truppen durch Tapferkeit und Schmelz aus. Auf dem Morst wurde die Schlacht gestern zeitweilig unterbrochen. Durch keine Fortschritte berichtigten, und befeitigten wir die von uns eroberten Stellungen. Feindliche Gegenangriffsversuche scheiterten in unserem Feuer. Die Zahl der bis jetzt in die Sammellager gebrachten Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 800 Offiziere und 23 000 Soldaten. Die Zahl der eroberten Geschütze beträgt 75, darunter zwei Mörser von 30,5 Zentimeter und viele Stücke mittleren Kalibers. Wir erbeuteten außerdem eine große Anzahl von Bergen, ein unbeschädigtes Flugzeug, viele Bombenwerfer und Maschinengewehre und ebenso Material jeder Art, darunter mehrere Automobile, die zum Munitionstransport dienen. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich in der Verpflegung unserer Truppen in einer weggelassenen Gegend entgegenstellten, wurden teilweise überwunden mit Hilfe der großen Lebensmittelvorräte, die der Feind bei seinem Rückzug zurückgelassen hatte.

Zivilgefangenen-Austausch Frankreich-Deutschland.

Wie der Presse mitgeteilt wird, schweben Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, durch die ein Austausch sämtlicher Zivilinternierten herbeigeführt werden soll. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen sollten.

Der Fall Almercyda.

Bern, 27. August. Nach „Progrès de Lyon“ hat Abgeordneter Strafe den Kammerpräsidenten benachrichtigt, er werde die Regierung über die zur Auffklärung des Falles Almercyda getroffenen Maßnahmen interpellieren. Untersuchungsrichter Trioux hat im Gefängnis mehrere Beamte, Richter und Häftlinge vernommen, doch sind die Umstände, unter denen der erhängte Almercyda abgeschnitten wurde, immer noch völlig in Dunkel gehüllt.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. August. Neue U-Bootsderfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz

21 000 Br.-Reg.-Tö.

Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer Lynoria (3684 Tonnen) mit Kohlen nach Italien, ferner ein vollbesetzter, bewaffneter Frachtdampfer von 5000 Tonnen mit Kurs auf England. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Deutsche Seeflugzeuge gegen russische Kriegsschiffe.

Berlin, 27. August. Amtlich. Unsere Flugzeuggeschwader der ausländischen Küste haben in letzter Zeit zahlreiche erfolgreiche Angriffe gegen die Befestigungen, Flugstationen und militärischen Anlagen der Insel Deseil ausgeführt. Dabei wurden auch die im Gebiete des Riga-Busens gestützten russischen Seestreitkräfte erfolgreich mit Bomben belegt. Bei diesen Angriffen wurde ein Zerstörer der Rowil-Klasse durch einen mit hoher Stichflamme bei dem hinteren Schornstein beobachteten Bombentreffer zum Sinken gebracht und ein russisches Werkstattschiff so schwer beschädigt, daß sein Sinken ebenfalls mit Sicherheit angenommen werden kann. — Trotz stärkster feindlicher Gegenwirkung durch Land- und Schiffsabwehrgeschütze und verschiedener Luftgefechte mit russischen Flugbooten und französischen Kampfeinsitzern, wobei ein feindliches Flugboot bei der Insel Abro im Riga-Busens zum Landen gezwungen und so schwer beschädigt wurde, daß die Besatzung über Bord sprang, sind unsere Flugzeuge sämtlich ohne Verlust oder Beschädigungen zu ihren Stationen zurückgekehrt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Nach der kürzlich gemeldeten Versenkung des amerikanischen Dampfers Campana traf „U.“ einen kleinen schnellfahrenden Dampfer von etwa 1500 Tonnen Größe. Der Dampfer hatte das Aussehen eines kleinen Landdampfers mit drei Masten. Er wurde unter Wasser angegriffen. „U.“ kam jedoch nicht auf Schuß-

entfernung heran, bemerkte aber, daß der Dampfer auf der Bordwand die spanischen Neutralitätsabzeichen und in großen weißen Buchstaben den Namen Juan Barcelona trug. Die gleiche Bezeichnung fand am Heck. Das U-Boot beschloß deshalb, den Dampfer mit Artillerie anzuhalten. Nach den Erfahrungen mit vorher angegriffenen spanischen Seglern schien dem Kommandanten des U-Bootes die Anwesenheit eines spanischen Dampfers hier mitten im Sperrgebiet durchaus im Verzicht der Möglichkeit zu liegen. Um nicht unnötig das Leben Neutralen in Gefahr zu bringen, wurden daher zuerst Warnungsschüsse abgefeuert, worauf der Dampfer die spanische Flagge setzte, bedrehte und ein Rettungsboot auslegte, das davonruderte. Nach einiger Zeit wurde auf den nunmehr anscheinend völlig verlassenen Dampfer, da immer noch mit der Möglichkeit einer U-Bootsfalle gerechnet werden mußte, aus Sicherheitsgründen das Feuer eröffnet. Nach drei deutlich ausgemachten Treffern ging „U.“ unter Wasser an den Dampfer heran, um ihn, falls unverbätig, gegebenenfalls durch Sprengpatronen zu versenken. Es wurde festgestellt, daß der Dampfer einen Treffer in den Schornstein und einen in das Weite, in den Kränen an Bord gelassenen Rettungsboot erhalten hatte. Verdächtig war sonst zunächst nicht zu bemerken. Der Dampfer hatte anscheinend keine Einrichtung für Funkentelegraphie und keine Armierung. Aus einigen anderen Beobachtungen, deren Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung besser unterbleibt, entschloß sich der Kommandant zum Torpedoschuß, dem aber der Dampfer durch plötzliches Abgeben mit der Maschine und Hartüberlegen auswich. Obwohl dies Verhalten höchst verdächtig war, schien es aber doch möglich, daß ein Neutraler, von dem noch Verwundete an Bord geblieben waren, so handeln könnte. „U.“ tauchte daher auf größere Entfernung auf, um nähere Betrachtungen zu machen. Unmittelbar darauf fielen auf dem Dampfer drei Klappen nieder, und es wurde mit drei Geschützen unter wechsender spanischer Flagge das Feuer eröffnet. Die spanische Flagge ging erst später nieder. „U.“ tauchte sofort und wurde nicht getroffen, obwohl die Salven sehr dicht beim Boot lagen. Der Vorkast zeigt, wie berechtigt das Mißtrauen gegenüber harmlosen unter neutralen Flaggen fahrenden Fahrzeugen ist. Eine Schonung der Neutralen im Sperrgebiet kann nur unter starker Gefährdung der eigenen Boote erfolgen, solange sich die Feinde immer wieder des Mißbrauches der neutralen Flagge bedienen.

General Gröners Verabschiedung

Genosse Scheidemann schreibt uns: Einige Angaben, die ich im Hauptauschuß des Reichstags über den unfreiwilligen Abgang des Herrn General Gröner gemacht habe, gaben dem Herrn Geheimrat Duisberg, dem Direktor der Elberfelder Farbwerke, Veranlassung zu einem Schreiben an den Hauptauschuß, das im Ausschußbericht dieser Nummer zum Abdruck gebracht ist.

Da ich einer dringlichen Reise wegen nicht in der Lage sein werde, in den nächsten Tagen im Ausschuß auf die Angelegenheit zurückzukommen, will ich sie hier in knappster Form darstellen.

Ich erinnere zunächst an die in parlamentarischen und Arbeiterkreisen bekannte Tatsache, daß seit langer Zeit seitens der Schwerindustrie eine Revision des Hilfsdienstgesetzes in rückschrittlicher Weise verlangt wird.

General Gröner, der nicht jede Änderung des Gesetzes etwa grundsätzlich ablehnte, ist sich über die Folgen einer Abänderung des Gesetzes nach den Wünschen großer Industrieller vollkommen klar gewesen und konnte demnach gar nicht daran denken, den Bestrebungen der sehr einflussreichen Herren Vorkauf zu leisten. Damit war die Stellung der Schwerindustrie zum General Gröner gegeben. Daß die Herren nicht gerade von sentimentalischen Gesichtspunkten aus sachliche und persönliche Politik treiben, ist bekannt.

Der Herr Kriegsminister v. Stein hat auf meine Darlegungen im Ausschuß einige Bemerkungen gemacht, die zu der Schlussfolgerung führen sollten, Herr General Gröner sei freiwillig und gern aus seiner Stellung geschieden. Eine solche Schlussfolgerung aber wäre, wie ich im Ausschuß bereits erklärt habe, durchaus falsch. Daß Offiziere fast ausnahmslos „freiwillig“ gehen, ist so bekannt, daß ich auf eine Erörterung dieses blauen Kapitels gewiß verzichten kann.

Folgende Tatsachen sind mir von einwandfreien Stellen als verbürgt mitgeteilt worden:

General Gröner war am Tage vor seinem „freiwilligen“ Rücktritt im Hauptquartier. Er wurde dort sehr gut behandelt und kehrte zurück in dem Glauben, seine Position sei fest. Am selben Tage brachte aber der „Local-Anzeiger“ bereits die Nachricht von seinem bevorstehenden Rücktritt und am folgenden Morgen nahm der General nach einer Unterredung mit dem Kriegsminister seine Entlassung.

Als die Entlassung erfolgte, hatte der Direktor Duisberg bereits eine Einladung an einen Kreis von Industriellen ergehen lassen zu einer Sitzung in Düsseldorf. Dem Sinne nach hieß es in dieser Einladung:

Tagesordnung: Die Abänderung des Hilfsdienstgesetzes. Die D. S. - L. wird vertreten sein durch Oberleutnant v. Bauer. Dem Kanzler ist von dem Staatsfinden der Sitzung Mitteilung gemacht worden mit dem Anheimstellen, sich ebenfalls vertreten zu lassen.

Ob die Sitzung getagt hat, wer an ihr teilgenommen hat und was beschlossen wurde, ist mir nicht bekannt geworden. Die Einladung durch Herrn Duisberg ist ein Beweis für die Bestrebungen, das Hilfsdienstgesetz in rückschrittlicher Weise abzuändern und für den übersüßigen Eifer der Kreise, die die Abänderung betreiben.

Außerdem wurde im Kriegsamt erzählt, in der Fabrik von D. (den Farbwerken in Leberkusen) habe man schon 8 Tage vor der Entlassung des General Gröner davon gesprochen, daß seine Tage gezählt seien.

Herr Gröner machte nie ein Hehl aus seiner Ueberzeugung, daß eine Abänderung des Hilfsdienstgesetzes zu Ungunsten der Arbeiter nur erfolgen könne, wenn auch zugleich eine Regulierung der Löhne und der Unternehmergewinne erfolge. Eine diese Frage behandelnde Darlegung hat er bereits vor längerer Zeit dem Kanzler unterbreitet. Auch Herr Duisberg muß diese Stellungnahme Gröners bekannt geworden sein.

Die Reichskanzlei war über den Rücktritt des General Gröner ebenso überrascht wie alle Welt. Von dort aus ist nichts gegen ihn unternommen worden. Von allen diesen Tatsachen wird durch den Brief des Geheimrats Duisberg nicht das geringste erschüttert.

Eine offiziöse Erklärung.

Zum Fall Stumm.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom 26. August: Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen v. Stumm hat den ihm aus Gesundheitsrückfällen bewilligten Urlaub angetreten und wird

währenddessen vom Unterstaatssekretär Herrn v. d. Busche vertreten. Ob Herr v. Stumm nach Ablauf seines Urlaubs die Geschäfte des Unterstaatssekretärs wieder übernehmen oder andere Verwendungen finden wird, steht noch nicht fest. Hiermit erübrigen sich alle an seine Beurteilung geknüpften Kommentare der Presse. Erübrigen sich — das finden wir nicht gerade. Erübrigen werden sie sich erst, wenn Herr v. Stumm die angefordigte „andere Verwendung“ oder vielleicht überhaupt keine gefunden haben wird.

Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Die konservative Presse setzt ihren Feldzug gegen den Reichstag mit allen Mitteln weiter fort. Sie, die sonst die privilegierte Hüterin aller Autoritäten ist, sucht die Autorität des Reichstags zu erschüttern, indem sie erklärt, dieser Reichstag sei unter ganz anderen Voraussetzungen als den gegenwärtigen gewählt, hinter seiner Mehrheit stände nicht mehr die Mehrheit des deutschen Volkes.

„Wenn die sogenannte Reichstagsmehrheit“, schreibt Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“, „das wirklich glaubt, was sie mit starken Worten zu behaupten pflegt, so würde sie in der heiteren Ruhe der Besitzenden von der Möglichkeit der Aufhebung der Mehrheitsfrage durch Neuwahlen reden lassen.“

Wir sind dem Grafen Reventlow dafür dankbar, daß er aus seiner Gegnerschaft gegen die Reichstagsmehrheit die demokratisch richtige Folgerung zieht und hoffen, daß sich die gesamte konservative Partei seinem Standpunkt anschließen wird.

Fordern die Konservativen Auflösung des Reichstags und Neuwahlen noch während des Krieges, so können sie dabei der entschiedensten und tatkräftigsten Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei gewiß sein. Denn einer demokratischen Partei wäre es unwürdig, wenn sie der Entscheidung des Volkes auswich, die von einer anderen Seite gewünscht wird. Es kann in solchem Fall auch gar nicht mehr ihre Aufgabe sein zu untersuchen, ob dieser Wunsch ernst gemeint sei oder nicht.

Wäre er ernst gemeint, so würden sich die Herren Konservativen einer geradezu krankhaften Selbsttäuschung hingeben. Denn von den fünfundsiebzig ihrer Sorte, die jetzt noch im Reichstag sitzen, würden aus den Wahlen keine fünf dahin zurückkehren.

Für die Regierung gibt es aber nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie erfüllt den Wunsch der Konservativen und der Sozialdemokraten und appelliert an das Volk, oder sie erkennt den noch bestehenden Reichstag als legitime Vertretung des deutschen Volkswillens an. Der Reichstag kann aufgelöst und neu gewählt, er kann aber auf keinem Fall unter dem Vorwand, er sei in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr die richtige Vertretung des Volkes, von einer kleinen herrschsüchtigen Minderheit beiseite geschoben werden. Dieses letztere Verfahren wäre eigentlich nicht mehr so recht konservativ, sondern schon eher anarchofisch.

Die Polenfrage im Hauptauschuß.

Duisberg und Gröner.

Am Montag teilte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Generaldirektor der Farbwerke in Elberfeld, Geheimrat Duisberg, ein Schreiben an den Ausschuß gerichtet habe, worin es heißt:

„Soeben wird mir mitgeteilt, daß in der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses von einigen Rednern die Behauptung aufgestellt worden ist, ich hätte zur Abberufung des Herrn General Gröner beigetragen. Abgesehen davon, daß die Herren, die so etwas annehmen und behaupten, mir einen Einfluß zuschreiben, den ich überhaupt nicht habe, ist es mir nicht in den Sinn gekommen, den verdienstvollen Leiter des Kriegsamts, Herrn General Gröner, zu belästigen und auf seine Verechtigung hinzuwirken. Ich habe stets mit ihm auf bestem Fuße gestanden und bei ihm besonders persönliche Achtung und Charakter geschätzt und hochgeachtet. Eine Agitation gegen ihn hätte ich daher nur heimlich und hinter seinem Rücken betreiben können. Jeder, der mich kennt, weiß aber, daß ich stets offen und ehrlich zu kämpfen gewöhnt und einer solchen Charakterlosigkeit nicht fähig bin.“

Abg. Scheidemann erklärt, er behalte sich vor, bei passender Gelegenheit auf die Sache zurückzukommen.

Hierauf wurde die Polenfrage sehr eingehend besprochen. An der Auseinandersetzung beteiligten sich Redner sämtlicher Parteien und die Vertreter der Reichsleitung. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Letzte Nachrichten.

Englische Friedenspetition: 221 617 Unterschriften.

Amsterdam, 27. August. Im Anterkaufe hat Minister Bonar Law in Antwortung einer Anfrage Ponsonboys erklärt, daß Lloyd George ein Besuch erhalten habe, das von 221 617 Personen unterzeichnet worden ist, in welchem um Eröffnung von Friedensunterhandlungen nachgesucht wird.

Polizei gegen Bazilliten.

Rotterdam, 27. August. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die Polizei im Bureau der Union for Democratical Control (an deren Spitze MacDonald und Trevelyan stehen. Red. d. „Vorwärts“) in London und im Hause Kores in Walfort Hausdurchsuchungen abgehalten und zahlreiche Dokumente und Briefe beschlagnahmt habe.

Krankentagg in München.

München, 27. August. Die Ordentliche Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes Deutscher Krankenpfleger trat heute zu einer Tagung zusammen. Reichstagsabgeordneter Wehrens erstattete den Geschäftsbericht, wonach der Gesamtverband im Jahre 1916 gute Fortschritte machte. Die Zahl der an dem Gesamtverband angeschlossenen Kräfte stieg von 289 auf 598. Dies werde für die Entlastung auf die nach dem Krieg in Aussicht stehende Revision der Krankenpflegerordnung von Wichtigkeit werden. An die Bekanntgabe des Geschäftsberichts und des Krankenstandes schloß sich eine rege Aussprache an. Verwaltungsdirektor Meyer-Effen sprach sodann über die Kosten der Krankenpflege, Geheimrat Professor Gruber-München hielt einen Vortrag über allgemeine Fragen der Bevölkerungspolitik. Sanitätsrat Dostrat Ray-München berichtete über die Bekämpfung der Tuberkulose, die durch den Krieg leider wieder zu steigen droht. Redner empfiehlt den deutschen Krankenpflegern, die außerordentlich wichtigen Fürsorgeleistungen durch nomadische Zuschüsse zu fördern. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Textilarbeiterkonferenz der Provinz Brandenburg.

Eine von den drei großen Gewerkschaftsgruppen nach Forst einberufene Konferenz, zu der auch Vertreter des Kriegsamtis und des Bekleidungsamtis erschienen waren, stellte auf Grund der Berichte aus den einzelnen Orten fest, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Entlohnung der Textilarbeiter größtenteils unzureichend ist. Die Dringlichkeit der Verbände werden angehalten, zur Entgegennahme und Formulierung der Arbeiterforderungen alsbald miteinander in Verbindung zu treten. Die Grundlage des neuen Lohnwesens sollen festgestellte Mindestlöhne bilden. Die Konferenz beauftragt die Verbände, die Kriegsamtisstellen in den Marken anzurufen und um Einleitung von Verhandlungen zu ersuchen, damit die einzuleitenden Bestrebungen eine dem Ernst der Zeit entsprechende Eile finden. Von der Vermittlung der Kriegsamtisstelle vertritt sich die Konferenz die besten Erfolge für die Arbeiter. Wo Arbeitsausschüsse nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes noch nicht bestehen, soll auf deren sofortige Wahl dringend hingewirkt werden.

Der Vertreter des Kriegsamtis erklärte, die Kriegsamtisstelle sei bestrebt, bei berechtigten Klagen Abhilfe zu schaffen.

Gehaltsverhältnisse der Versicherungsgesellschaft „Iduna“.

Seit November 1916 haben die Einkassierer und Einkassiererinnen der Berliner Zentral-Inkassostelle der „Iduna“ eine Erhöhung ihrer festen Bezüge angefordert, bis ihnen endlich der Geduldsfaden riß und sie am 11. August ihre Stellen kündigten. Die Einkassierer waren gegen ein Fixum von 22,50 M. angestellt, wozu die Provisionseinnahmen traten; die Gesellschaft garantierte ihnen ein wöchentliches Mindesteinkommen von 33,50 M. Die Einkassiererinnen hatten ein Fixum von 18 M. zuzüglich ihrer Provisionseinnahmen; die Gesellschaft garantierte ihnen ein wöchentliches Mindesteinkommen von 30 M. Bei diesem Einkommen ist zu berücksichtigen, daß das Personal in Gestalt von Fahrgebern hat und außerdem benötigt ist, außerhalb des Hauses zu essen. Zu den Arbeiten dieses gering bezahlten Personals gehörte nicht lediglich das Kassieren, sondern auch Tätigkeiten, die einem Rechner oder Agenten zukommen. Die Arbeitszeit erstreckte sich morgens von 1/2 8 oder um 8 Uhr bis abends 6—7 Uhr, mitunter auch 9 Uhr.

Nachdem die Einkassierer und Einkassiererinnen ihre Stellen gekündigt hatten, verzichtete die „Iduna“ sogleich auf deren Weiterbeschäftigung. Die Angestellten hatten natürlich die ihnen während der Kündigungsfrist entgangenen Provisionsansprüche aufrecht. — Die Berliner Zentral-Inkassostelle legte Wert darauf, wenigstens den größeren Teil des Personals zu halten, das die Kündigung ausgesprochen hatte. Sie schrieb nämlich am 15. August den betreffenden Angestellten:

„Da wir überzeugt sind, daß Sie Ihre Stellung nur unter einem gewissen Druck entgegen Ihrer eigentlichen Absicht aufgegeben haben, erklären wir uns bereit, Sie auf etwaigen Wunsch von neuem bei uns einzustellen. Allerdings können wir dieses Entgegenkommen nur bis Montag, den 20. cr., aufrecht erhalten.“

Die Angestellten waren natürlich nur unter der Voraussetzung bereit, ihre Tätigkeit bei der „Iduna“ wieder aufzunehmen, wenn ihnen die gewünschte Aufbesserung ihres Einkommens zugesprochen würde. Sie wendeten sich während der Kündigungsfrist zu den Zentralverbänden der Handlungsgehilfen (Ortsgruppe Berlin) mit dem Ersuchen, mit der „Iduna“ deswegen zu verhandeln. Die Forderungen der Angestellten waren sehr bescheiden, da sie sich mit einer wöchentlichen Zulage von 1,50—2,00 M. hätten abfinden lassen. Nachdem der Zentralverband der Handlungsgehilfen sich der Sache angenommen hatte, mußte natürlich eine angemessene Erhöhung verlangt werden. Es wurde an die „Iduna“ das Ersuchen gerichtet, das Fixum um das Garantiegehalt um 9 M. wöchentlich zu erhöhen. Die Berliner Zentral-Inkassostelle der „Iduna“ erklärte, als der Zentralverband der Handlungsgehilfen vorstellig wurde, daß sie erst mit ihrer in Halle anässigen Direktion besprechen müsse, ob sie sich mit dem Verband über die Forderungen verständigen können. Am 23. August gab dann die Zentral-Inkassostelle Bescheid, die Direktion in Halle a. S. vermöge nicht einzusehen, wiewo sie jetzt mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen verhandeln könne, nachdem die Angestellten bereits über ihre Stellung gekündigt hätten.

Bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes ist es der „Iduna“ nicht möglich gewesen, neues Personal zu den bisherigen Lohnlängen zu beschaffen. Vereinzelt Neueinstellungen lassen aber erkennen, daß nunmehr die von den aus ihren Diensten ausgeschiedenen Angestellten aufgestellten Forderungen bewilligt werden müßten. Die „Iduna“ zahlt für vereinzelt Neueinstellungen (Frauen und Männer) im 1. Dienstjahr ein Garantiegehalt von 90 M., im 2. Dienstjahr 100 M., im 3. Dienstjahr 110 M., im 4. Dienstjahr 120 M.

Die Einkassierer und Einkassiererinnen hatten während der Kündigungsfrist die Erfahrung machen müssen, daß das Personal (das überwiegend aus jugendlichen Angestellten beiderlei Geschlechts besteht), die Einkassiererstätigkeit übernommen hatte, also Streikbrochendienst leistete. Darobin hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen für den 22. August eine Betriebsversammlung der kaufmännischen Angestellten der „Iduna“ einberufen. Es sollte hierüber nicht nur über die Befoldungsverhältnisse der Einkassierer und Einkassiererinnen, sondern auch über die Einkommensverhältnisse der gekündigten Angestellten gesprochen werden. Als Antwort auf diese Einladung erhielt der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Berlin, am gleichen Tage von 57 Angestellten der „Iduna“ folgendes Schreiben:

Berlin SW 68, Charlottenstr. 82, den 22. August 1917.
Auf Ihre Einladung vom 21. d. M. zu der Betriebsversammlung der kaufmännischen Angestellten der „Iduna“ erwidern wir höflich, daß Sie zur Wahrnehmung unserer Interessen und Rechte nicht besugt sind.

Zunächst besitzen wir selbst noch so viel Kraft und Mut, mit unserer Direktion zu verhandeln, wenn es nötig ist.

Ob und inwieweit dieses bisher geschah, darüber sind wir uns allein Rechenschaft schuldig.

Schließlich bemerken wir noch, daß wir, sofern es der Hilfe eines Verbandes bedürfen würde, einzig und allein unsere Ständevertretung, den Verband der Deutschen Versicherungsbeamten in München, anrufen würden.

Hochachtungsvoll
für die Beamten und Beamtinnen der „Iduna“,
Fiskaldirektion Berlin.

Da sich die betreffenden Beamten und Beamtinnen „auf ihre Ständevertretung“, auf den Verband der Deutschen Versicherungsbeamten, berufen, so wird dieser zu den Vorfällen Stellung nehmen müssen. Entweder muß er die hier in Betracht kommenden Angestellten aus seinen Reihen beiseite lassen oder er würde sich selbst in ein sehr schlechtes Licht stellen. Die Namen der betreffenden Angestellten, die jenes Schreiben unterzeichnet haben, werden dem Verband der Deutschen Versicherungsbeamten von der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

Unter den Einkassierern und Einkassiererinnen, die ihre Stellung bei der „Iduna“ aufgegeben haben, befinden sich solche, die bereits viele Jahre für die „Iduna“ tätig gewesen sind, z. B. 11 Jahre, 9 Jahre usw. Dies und die Tatsache, daß es die „Iduna“ abgesehen hat, mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Angestellten, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, über die Regelung der Gehaltsfragen zu verhandeln, sollte sich die Bevölkerung klar machen, wenn ihr künftig der Name „Iduna“ genannt wird.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1916.

Zu Beginn des Jahres 1916 zählte der Verband einschließlich der im Heeresdienst stehenden Mitglieder 12 000 männliche Mitglieder; dazu 1745 weibliche; insgesamt betrug der Mitgliederbestand also 14 645. Die Mitgliederbewegung des Verbandes ist durch die lange Kriegsdauer und die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst auch wieder sehr ungünstig beeinflusst worden. Einem Zugang von 1914 Mitgliedern steht unter Einrechnung der Einberufungen ein Abgang von 3060 Mitgliedern gegenüber, das ist ein Minus von 1146. Am Schluß des Jahres waren 12 806 männliche und 1736 weibliche, insgesamt 14 631 Mitglieder unter Einrechnung der zum Heere eingezogenen vorhanden.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Handbuchsindustrie, Weißleder- und Lederwaren gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen, nur bei den Arbeiterinnen nahm die Arbeitslosigkeit zeitweise zu.

Lohnbewegungen sind im Berichtsjahr 88 geführt worden, wovon 2 durch ArbeitsEinstellung und 86 ohne ArbeitsEinstellung ihren Abschluß fanden. Sämtliche Bewegungen waren Angriffsbewegungen. In der Hauptsache wurden Teuerungszulagen erreicht, die allerdings im Vergleich mit der fortschreitenden Teuerung in einem traurigen Mißverhältnis stehen. An den Bewegungen, die sich auf 80 Orte für 220 Betriebe erstreckten, waren 2522 Personen (darunter 236 weibliche) beteiligt. Für 3067 Personen wurden Lohnerhöhungen von insgesamt 11 685 M. wöchentlich und für 50 Personen eine Arbeitsverlängerung um 125 Stunden erreicht. Gegenüber dem Jahre 1915, das keine Tarifvertragsverneuerungen, sondern nur Tarifverlängerungen verzeichnete, sind im Jahre 1916 11 Verträge für 28 Betriebe mit 325 Personen neu zum Abschluß gelangt. Beendigt, abgelassen und nicht erneuert wurden 30 Verträge für 88 Betriebe mit 1363 Beschäftigten; verringert hat sich die Zahl der Verträge im Berichtsjahr um 25 für 41 Betriebe mit 1088 Beschäftigten, so daß der Bestand am Jahreseschluß noch 86 Verträge für 266 Betriebe mit 7456 (in normalen Zeiten) beschäftigten Personen betrug. Die zahlreichen Einziehungen der Mitglieder zum Heere übten naturgemäß auf die Massenverhältnisse eine sehr nachteilige Wirkung aus. Die Reineinnahmen sind im Jahre 1916 auf 206 198 M. noch weiter gesunken. Die Reinnahmen haben sich allerdings auch von 230 729 M. im Jahre 1915 auf 198 618 M. im Jahre 1916 ermäßigt. Den Kriegsfamilien flossen im Berichtsjahr 82 668 M. (seit Kriegsausbruch) 105 283 M. an Extrazuschüssen aus Verbandsmitteln zu. Der Vermögensbestand hat sich von 217 666 M. auf 225 246 M. zum Jahreseschluß erhöht.

Ausland.

Schwedischer Gewerkschaftskongress.

Stockholm, 26. August. Der Gewerkschaftskongress nahm mit 102 gegen 142 Stimmen folgenden Beschluß an: Die von den Syndikalistischen ausgehenden Streiks und Sperren verstoßen die Mitglieder der Zentralverbände nur dann zur Solidarität, wenn diese bei den Beschlüssen über solche Streiks und Sperren mitgewirkt haben.

In der Schlußsitzung des Kongresses sprachen die Genossen Troelstra, Salasoff, Agelrod und Gynsmans für die Friedensaktion des Proletariats. Jansson für ein freundschaftliches Zusammenarbeiten der deutschen und schwedischen Gewerkschaften. — Der nächste Kongress wird 1922 abgehalten.

Parteinachrichten.

Ist die deutsche Sozialdemokratie imperialistisch?

In einem seiner jüngsten Stockholmer Briefe hatte Troelstra Protest dagegen eingelegt, daß „Der Volk“ fortwährend die deutsche Sozialdemokratie imperialistischer Neigungen bezichtige, und zwar ausschließlich die deutsche Sozialdemokratie, keine andere Partei der Internationale. Durch diesen Widerspruch gegen die Haltung des holländischen Parteiblattes hat der Parteivorstand die Redakteure von der Goes und Wiebant auf den Plan gerufen. Insbesondere der Auslandsredakteur von „Der Volk“, van der Goes, blieb bei seiner Behauptung stehen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich dem Imperialismus dienstbar gemacht habe, und griff Troelstra leidenschaftlich an. Darauf antwortet Troelstra wiederum in einem Briefe aus Stockholm:

Ich habe gedacht und gewünscht, daß meine wenigen Worte v. d. Goes veranlassen würden, endlich einmal mit einem urkundlichen Beweis für seine immer wiederholte Behauptung heranzutreten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich dem Imperialismus verschrieben habe. Die deutsche Arbeiterheit, die v. d. Goes als Kronzeuge dafür angeführt wird, hatte ich Gelegenheit in den Konferenzen unseres Komitees über diesen Punkt zu hören, wie ich auch die Darlegung der Mehrheitspartei selber über ihre Friedensaktionen und Friedensabsichten entgegennahm. Dabei wurde ich in meiner Meinung bestärkt, daß die Mehrheitspartei in der Beurteilung der unmittelbaren Kriegsauswirkungen der offiziellen deutschen Darstellung nicht kritisch genug gegenübersteht und auch dem Militarismus als selbständigen zum Kriege drängenden Faktor besonders in Deutschland unterschätzt. Ebenso aber wurde ich in meiner Auffassung bestärkt, daß die eigenen Absichten der Partei in diesem Kriege und ihr eigenes Streben nach Frieden nicht von imperialistischen Gesinnungen beherriicht werden. . . . Es ist doch wohl kurios, eine Handlung (die Bewilligung der Kriegskredite), die gerade notwendig war, um die Mehrheit des Reichstags zu einer ausdrücklichen Abweisung jedes imperialistischen Kriegszieles zu bringen, als Beweis dieser imperialistischen Absichten angeführt zu sehen. Wenn diese Argumentation einen Wert haben soll, was sagt v. d. Goes denn da von den französischen Sozialisten, welche die Kriegskredite bewilligten in einer Zeit, wo ihre Regierung dem Jaren die Annexion Konstantinopels einräumte und ausweislich der Rede Ribots ihr eigenes Kriegsziel bis auf die Annexion der Rheinlande ausgedehnt hatte? Ja, will diese Beispiele nicht vermehren. Aber ich bin überzeugt, daß die nächste Zukunft die Legende, als ob Imperialismus nur bei der deutschen Regierung zu finden ist, mehr und mehr lägen lassen wird. Auch v. d. Goes wird nicht bestreiten können, daß die Antwort der Exkavten an Wilson keine rein defensible war, sondern ein aggressives, von imperialistischen Lehren durchwobenes Kriegsprogramm enthielt. Wenn also aus den von v. d. Goes angegebenen Gründen die deutsche Mehrheitspartei imperialistischer Absichten geziehen werden soll, dann gilt dies von allen sozialistischen Parteien, die jemals ihren Regierungen Kriegskredite bewilligt haben. . . . In ganz Deutschland bezeichnet man einen Frieden ohne Annexionen als einen Scheidemann-Frieden. In unseren Kreisen aber wird Scheidemann noch immer das Rainsteichen der Imperialisten aufwarten müssen. . . . Da wird v. d. Goes mit besseren Beweisen aufwarten müssen.“

Auf diese beweiskräftige, schlagende Darlegung bleibt v. d. Goes trotz seiner langen Erwidrerung die Antwort schuldig.

Industrie und Handel.

Erfindungen von Heeresangehörigen und Hilfsdienstpflichtigen.

Seit langer Zeit gilt die Bestimmung, daß Offiziere, Beamte der Militärverwaltung, Unteroffiziere und Mannschaften, welche die Nachsicherung eines Patents beabsichtigen, vorher ihren Vorgesetzten davon Anzeige zu machen und die Erklärung abzuwarten haben, daß im Interesse der Militärverwaltung Einspruch dagegen nicht erhoben wird. Neuerdings ist diese Bestimmung auf die Hilfsdienstpflichtigen, die als Ersatz für Militärpersonen eingestellt werden, ausgedehnt worden, und sie müssen schriftlich anerkennen, daß nicht nur die im dienstlichen Auftrage, sondern auch die mit dienstlichen Mitteln oder auf Grund dienstlicher Kenntnisse oder auf Grund dienstlicher Erfahrungen von ihnen gemachte Erfindun-

gen als dienstliche Erfindungen dem ausschließlichen Verfügungsrecht der Heeresverwaltung unterliegen und ohne deren Zustimmung zum Patent (Gebrauchsmuster) nicht angemeldet werden dürfen. Hiergegen wandte sich der Verband Deutscher Patentanwälte und regte bei anderen Körperschaften an, ihm zustimmende Erklärungen zukommen zu lassen. Aus diesem Anlaß beschäftigte sich der Ausschuß des Deutschen Handelstages mit der Angelegenheit und sprach sich nach einem Bericht von Kommerzienrat Dr. Weis (Hörlich) aus, daß die angeführten Bestimmungen eine weitgehende Entrechtung der Erfinder bedeuteten, die dazu führen müsse, die Erfindertätigkeit hemmend zu beeinflussen. Von ihrer Geltung seien die Hilfsdienstpflichtigen auszunehmen, und es sei klarzustellen, daß die Notwendigkeit der Erteilung einer Erlaubnis zur Anwendung einer Erfindung nicht dazu benutzt werden dürfe, der Heeresverwaltung Erfindungen, an denen ihr nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ein Eigentum nicht zustehe, ohne Entgelt zuzuführen.

Soziales.

Die Löhnung für vermählte Kriegsteilnehmer.

Immer kehren die Anfragen nach den Grundbüssen über die Gewährung der Löhnung für vermählte Kriegsteilnehmer wieder. Wir heben sie noch einmal hervor.

Die Löhnung Vermählter kann an die Angehörigen ganz oder zum Teil gezahlt werden, wenn der Vermählte ganz oder überwiegend der Ernährer dieser Angehörigen war und diese bedürftig sind. Ob dieses der Fall war, muß durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde nachgewiesen werden.

Zu den Angehörigen gehören nicht nur die Ehefrau und die ehelichen oder legitimierten Abkömmlinge, sondern auch Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer der Vermählte in dem oben bezeichneten Umfange war.

Unehelichen Kindern — wenn sie nicht Pflegekinder der Vermählten waren —, Pflegekinder, Stiefkinder und der Braut darf eine solche Bewilligung nicht zugesprochen werden.

Die Bewilligung erfolgt durch das Kommando des Bataillons (Abteilung) oder Kavallerie-Regiments, dem der Vermählte unterstellt war. Anträge sind daher auch an diese Stellen zu richten. Sie entscheiden endgültig über die Gewährung, über die Höhe des Betrages und den Zeitpunkt des Beginns der Zahlung.

Nach einer neueren Verfügung der Kriegsministerien soll die Weiterzahlung der Löhnung für vermählte Kriegsteilnehmer mit Ablauf des letzten Tages des auf das Vermitteltfolgenden sechsten Kalendermonats in der Regel aufhören. Statt der Löhne werden von diesem Zeitpunkt ab, sofern auf Grund des § 44 des Militärhinterbliebenengesetzes eine Versorgung möglich ist, Vorzüge bis zur Höhe der zu bewilligenden Gebührensätze gezahlt werden. Der Antrag auf Gewährung solcher Zuwendungen muß an die stellvertretende Intendantur des betreffenden Armeekorps entweder direkt oder durch Vermittlung der Polizeibehörde oder der amtlichen Kriegsfürsorgestelle gerichtet werden. Bedingung für die Zahlung ist aber, daß der Vermählte die Angehörigen ganz oder im wesentlichen „erhalten“ hat, sonst kann nur die Hälfte der Löhnung noch drei Monate weiter gewährt werden. Hat sich aber das Schicksal des Vermählten binnen 18 Monaten (vom Tage des Vermitteltseins an) nicht aufklärt, so erfolgt die amtliche Festsetzung der Hinterbliebenenbezüge auch ohne Zutun der Familienangehörigen durch die stellvertretende Intendantur, wobei die den Angehörigen inzwischen über die ersten drei Monate nach dem Vermitteltsein hinaus gezahlte Kriegsfamilienunterstützung, jedoch nur bis zur Höhe der Hinterbliebenenbezüge angerechnet wird. Als Hinterbliebenenbezüge gelten alle auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes festgesetzte Renten, Kriegs-Elterngelder usw., sowie auch die durch spätere Verordnungen vorgesehenen, bis zur späteren Gesetzesänderung gewährten einmaligen, jedoch in monatlichen Beträgen gezahlten Unterwürfungen. Zweck dieser neuen Verordnung ist vor allem die Einschränkung der Löhnungszahlungen, ferner aber auch die Befreiung von Ungleichheiten, wie solche in der Art, wie die Löhnung bisher durch die einzelnen Truppenteile gewährt wurde, bestanden.

Gauterkrankungen infolge Holzbearbeitung.

In der Nr. 225 wurde im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ auf Erkrankungen hingewiesen, die sich Holzarbeiter bei der Bearbeitung des australischen Moaholzes zugezogen haben. Solche Erkrankungen sind gar nicht so selten, da auch andere Holzarten ebenso unangenehm auf die Haut einwirken. So z. B. das Satinholz. Mit einer Schädigung, die sich dabei ein Fikaler geholt hatte, hatte sich auch das Reichsversicherungsamt zu beschäftigen. Da die Berufsgenossenschaft in Anspruch genommen war. Das Reichsversicherungsamt lehnte es ab, eine Rente zu gewähren. Es führte dabei aus:

Nach der ganzen Sachlage kann nicht angenommen werden, daß das Faulfieber des Klägers durch einen Unfall, das heißt ein plötzliches, in einem kurzen Zeitraum eingeschlossenes schädigendes Ereignis entstanden ist. Vielmehr ist die Ueberzeugung begründet, daß der Kläger bereits mehrere Tage mit der Bearbeitung des indischen Satinholzes beschäftigt gewesen war, als sich am 27. März 1909 aus anfänglichem bloßen Jucken eine offenkundige Hautentzündung entwickelt hatte. Er war hiernach der schädigenden Einwirkung des Satinholzes schon mehrere Tage ausgesetzt gewesen, als die Krankheit ausbrach. Demnach ist die Hautentzündung durch die längere, mehrere Tage anbauende Verührung mit Satinholz entstanden. Sie stellt sich somit nicht als die Folge eines Unfalls, sondern als eine sogenannte Gewerkerkrankheit dar. Hiernach hat der Kläger auf eine Unfallrente keinen Anspruch.“

Berichtszeitung.

Vernichtung gehamfter Lebensmittel

hat einem Berliner Ehepaar eine empfindliche Strafe eingetragen. Der Kaufmannschlosser B. und dessen Frau hatten in Wieg (Mark) Butter und Eier aufgelauft. Auf dem Wege zum Bahnhof wurden sie von einem Polizeibeamten überrascht, der mit der Kontrolle über den Verkauf von Lebensmitteln beauftragt war. Der Beamte erklärte die gehamferten Waren für beschlagnahmt, worüber die Eheleute in so starke Erregung gerieten, daß sie Butter und Eier durch Zertreten vernichteten. Beide hatten sich vor Gericht zu verantworten und wurden wegen Vernichtung beschlagnahmter Lebensmittel zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt. Wegen unbesugten Aufkaufens erhielt der Ehemann außerdem 100 M. Geldstrafe.

Eingegangene Druckschriften.

- Englands Niedergang. Von Arnold Steinmann-Bucher. 5 M. Leonhard Simon N., Berlin.
- Das Rätsel der Natur. Von Dr. Th. Silbermann. 1 M. Louis Rebers Verlag, Halle a. S.
- Hungarisches Sprachbuch. Von Kholbert Klemen. 2 Kronen. Kistenbaum, Budapest.
- Das Wahlrecht der Zukunft. Von Otto Kresse. 50 Pf. — Schriftleiter und Verleger. Von Otto Kresse. 60 Pf. Wilhelm Köhler u. Co., Berlin.
- Politische Aufsätze. Von Graf Ronts. 1 M. Kronen-Verlag, Berlin.
- Technik für Alle. Technische Monatshefte 2 und 3. 1,45 M. viertel. Grunhilde Verlagshandlung, Stuttgart.
- Jahrbuch für 1916 des Verbandes der Brauerei- und Mälzearbeiter. Selbstverlag des Verbandes.

Verantwortlich für Politik: Eric Salmer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufmann; für Literatur: Th. Gieser, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Höhere Kohlen- und Eisenpreise!

Schon auf der Generalversammlung der Kattowitzer A.G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb verlangte Bergtrat Williger, der sich im Vorjahr mit einem ähnlichen Verlangen eine derbe Abfuhr des preussischen Handelsministers zugezogen hatte, mit Berufung auf die erhöhten Löhne höhere Kohlenpreise. Diese Forderung wird auch von den Kapitalmagnaten Rheinland-Westfalens aufgegriffen, und zwar zu dem Zweck, durch eine Erhöhung des Preises von Kohle — eines der wichtigsten Rohstoffe — eine Revision der Preise in der ganzen weiter verarbeitenden Industrie, besonders in der Eisen- und Stahlindustrie zu erzwingen.

Der Kohlenbergbau hat im Kriege ausgezeichnet gearbeitet. Aus dem Verkauf der Lagerbestände, aus der Ausfuhr, für die an sich höhere Preise gelten und wobei die deutschen Fakturen nach dem Friedenswert (1) der Mark umgerechnet werden, schließlich aus den Nebenprodukten der Verkohlung hat er immense Gewinne gezogen. Die steigenden Förderkosten wurden bereits durch Preissteigerungen ausgeglichen. Die Jechen verteilen höhere Ausbeuten. Zwar hat die Harpener Bergbau A. G. ihre Dividende von 12 Proz. auf 11 Proz. ermäßigt, aber nur, weil die letzte Kohlenpreissteigerung für das abgelaufene Geschäftsjahr Juli 1916/Juni 1917 nicht voll wirksam werden konnte. Die Börse hat diesem Dividendenrückgang mit richtigem Instinkt auch nur ganz singuläre Bedeutung beigemessen und den Kurs von Kohlenwerten wie Consolidation oder Königsborn in den letzten Wochen kräftig in die Höhe getrieben und ist eben daran, sich auch für die Frage verschiedener Jechen wiederum zu interessieren. Schade! Die Kohlenmagnaten verlangen höhere Preise und statuieren die Pflicht für das Reich, höchste Dividenden zu verbürgen — in einer Zeit, da Millionen Existenzen physisch und wirtschaftlich vernichtet werden und infolge harter Kriegsnöwendigkeiten das große Sterben in der mittleren und kleinen Industrie und im Handwerk einsetzt. Auch die „Königliche Volkshög.“ lehnt sich kräftig gegen die Auswucherung des Reiches, der Steuerzahler und Verbraucher auf:

„Die für die Landesverteidigung tätigen gewerblichen Betriebe können den Anforderungen der Seeverwaltung kaum völlig entsprechen. Sie suchen deshalb ihre Heranbringung noch immer zu steigern; zugleich finden ihre weitgehenden Wünsche wegen des Mangels der Arbeit sehr viel Entgegenkommen — oft mehr, als allen Nichtbeteiligten begreiflich ist. Da ist es schon viel einfacher, die Preisfrage gleich am dünnen Anfang ihres Gewinnes abzubrechen, das heißt die vom Kohlenbergbau trotz seines vorzüglichen Ertrages erstrebte neue Erhöhung seiner Einnahmen nicht gutzuheißen. Für die Angehörigen dieses wichtigen Gewerbes muß es doch auch ein Stachel sein, so gut, wie längst zahlreiche andre Erwerbstätige sich nach den Verhältnissen einzurichten gezwungen sind. Auch wäre es nicht begründlich, wenn etwa der preussische Handelsminister gegenwärtig, um hohen Ertrag der staatlichen Bergwerke und insbesondere der Siberia zu erreichen, die Mehrforderungen der Jechenbewerber gutheißt. Die dabei gebotene gelbliche Lage des Bundeshaushalts bräuhete bei weitem nicht die Mehrheit aufzunehmen vermögen, welche das Reich durch neue Verrentung des Kriegsschatzes zu tragen hätte. Wir sollen ja allerdings sparen, wo es angeht, im Privatleben, wie im Haushalt der Gesamtheit. Schließlich ist das auch gegenüber der Emfänglichkeit bedenklich, welche sich bisher beim Unterbringen von Kriegsanleihen befanderte und hoffentlich bald wieder betätigen wird.“

Auch dieser letzte Gesichtspunkt — die Unterbringung der Kriegsanleihe — sollte von werksfähigen Angehörigen an die Kohlenmagnaten abhalten, die nach der glücklich vollbrachten Entfernung Grönners den Weg in ihren Himmel offen sehen. Die Zeichner von Kriegsanleihen wollen, so nehmen wir an, dem Vaterland dienen, nicht Lantime hochstehenden Aufsichtsräten und gewinnlüsternen Aktionären.

Wer da die Kohlenpreissteigerung vor allem deshalb mit so hingebungsvollem Eifer betrieben wird, um einen planmäßigen Anstieg für eine sehr kräftige Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise zu schaffen, so sei auch über dieses Kapitel einiges gesagt. Die Aktien der Bismarckhütte, der Gehr, Köhler A. G., der Wittenberger Hüttenwerke A. G. usw. sind im Laufe dieses Jahres um 100 bis 200 Prozent im Kurs heraufgehoben worden. Es wäre für den Hauptausgang des Reichstags überhaupt sehr instruktiv, wollte er einmal die jetzigen, im freien Börsenverkehr notierten Kurse mit den Ende 1916 festgestellten, bereits sehr hohen Steuerkursen vergleichen. Er kann in diesem Vergleich eine schüssige Antwort auf die Frage finden, ob die vom Reich ausgegebenen Gelder auch sparsam und überlegt ausgegeben worden sind. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, daß die großen Gesellschaften ihre Dividenden nicht erhöhen. Das geschieht aus berechtigter Vorsorge für die Zukunft, aber auch aus Scheu vor dem Fiskus und der öffentlichen Meinung. Die kleinen Werke wirtschaften dafür aus dem Vollen. So hat das Reppener Walzwerk die Dividende von 15 auf 25 Proz. erhöht und die Friedrich Thomee A. G. hat ihre Dividende von 10 auf 20 Proz. verdoppelt. Die Stahlwerke Richard Lindenberg A. G. zahlt 25 Proz. Dividende, gibt außerdem einen Gutschein von 10 Proz. aus und reserviert einen großen Betrag für künftige Gratisaktien!

Gerade in den letzten Tagen sind zwei besonders illustrative Abschlüsse veröffentlicht worden. Der Lothringer Hüttenverein Aumeh-Friede kann sich folgenden Ergebnisses rühmen:

Table with 4 columns: Year (1916/17, 1915/16, 1914/15), and rows for Betriebsergebnis, Rohgewinn, Abschreibungen, and Reingewinn.

Der Lothringer Hüttenverein hat seinen großen Rohgewinn vorwiegend zu innerer Stärkung verwandt und ist der Versuchung einer Dividendensteigerung in anerkennenswerter Weise aus dem Wege gegangen. Aber ist es Aufgabe des Reiches, so hohe Preise zu zahlen, daß die Abschreibungen in einem Jahre auf ungefähr 22 Proz. des Aktienkapitals gesteigert werden können und die vorläufige Bilanzpolitik bereits in Aufschlagspolitik umschlägt?

Noch eindringlicher warnt der Abschluß des Eisen- und Stahlwerks Hoersch A. G. vor einer Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise. Diese Aktiengesellschaft, deren Kapital 20 Mill. Mark beträgt, weist für 1916/17 einen Rohgewinn von 27 588 018 M. gegen 13 601 002 M. im Vorjahre auf. Davon werden für Abschreibungen 4 214 960 M. (4 229 716 M.), außerordentliche Abschreibungen 6 028 755 M. (530 000 M.) verwendet. Einschließlich 184 951 M. Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 17 529 284 Mark (i. V. 9 005 835 M.). Die Dividende ist von 20 Proz. auf

24 Proz. erhöht worden. Anerkannt sei, daß die Verwaltung für Wohlfahrtszwecke erhebliche Summen geopfert hat, weil ihr offenbar selbst bei den Preissteigerungen schmil wurde. Aber gegen diesen Entschuldigungsversuch bestehen die gewichtigsten allgemeinen und sozialpolitischen Bedenken. Und nun fragen wir: Ist eine Erhöhung der Kohlen-, der Eisen- und Stahlpreise eine Notwendigkeit, deren Erfüllung im Interesse des Reiches liegt oder auch nur vom Standpunkt der öffentlichen Moral aus erträglich ist?

Groß-Berlin

Gaspreiserhöhung und Gasverbrauchseinschränkung.

Die drohende Erhöhung des Gaspreises soll, wie anzunehmen war, nicht auf Berlin beschränkt bleiben. Berlin hat sich den Vortritt gesichert, aber andere Groß-Berliner Gemeinden wollen unerbittlich folgen. Schon wird gemeldet, daß in Charlottenburg der Magistrat einen Antrag auf Erhöhung des Gaspreises den Stadtverordneten halbwegs vorlegen will. Und auch in Neukölln plant der Magistrat, den Gaspreis zu steigern. Wie mit aller Kriegsware, so geht's auch mit dem Gas: schlechter ist es geworden und teurer wird es nun auch noch! Da man von dem schlechteren Gas mehr als sonst von dem besseren braucht, so macht sich die Preissteigerung doppelt unangenehm fühlbar. Soll's ein Trost sein, daß die den Verbrauchern jetzt auferlegte Einschränkung des Gasverbrauches diese neue Mehrbelastung ihres Portemonnaies „mildern“ wird?

Vielleicht hofft man auch, daß andererseits die Gaspreiserhöhung die Einschränkung des Gasverbrauches fördern wird. Wie weit nach den Bestimmungen der in Aussicht gestellten neuen Gasverordnung die Verbrauchseinschränkung gehen soll, ist noch ungewiß. Was hierüber in einigen Blättern bereits mitgeteilt wurde, waren Vermutungen. Sicher ist, daß nicht mehr die Größe des Gasverbrauches als Grundlage für die zu bewilligende Verbrauchsmenge dienen wird. Daß aber auch das Verfahren, von dem vorjährigen Verbrauch einen prozentualen Abzug zu machen, leicht zu Härten führen kann, wurde im „Vorwärts“ bereits gezeigt. Die Entscheidung über die Größe dieses Abzuges sowie über die Höhe des Mindestverbrauches, der unter allen Umständen freigegeben werden soll, ist in Abrede zu erwarten. Wir sind gespannt darauf, was da die neue Gasverordnung bringen wird. Es ist wirklich eine „Luft“, jetzt Gasverbraucher zu sein!



Gold verstecken, Goldschmuck tragen heißt: Das Vaterland schädigen. Das sage einer dem anderen.

Die Stadtverordnetenversammlung Berlins hat in ihrer am Donnerstag dieser Woche stattfindenden ersten Sitzung nach den Ferien eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Diese enthält u. a. schon den Magistratsantrag auf Erhöhung des Gaspreises, über den im „Vorwärts“ am Sonntag berichtet wurde.

Der Magistrat zum Obst- und Gemüseangel.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten zu der Sitzung am Donnerstag eine umfangreiche Eingabe an die Reichsstelle für Gemüse und Obst, das Kriegsernährungsamt und den preussischen Ernährungs-Kommissar zur Kenntnisnahme unterbreitet, die sich mit dem bestehenden Obst- und Gemüseangel beschäftigt. In der Eingabe wird zunächst den Vorkäufen, wonach die ungenügende Versorgung auf örtliche kommunale Maßnahmen zurückzuführen sei, entgegengetreten und verlangt, daß die Waren, die nach dem Stande der Produktion in das Reichsgebiet Berlin hineinkommen müßten, auch wirklich hineinkommen. Die Auffassung der meisten Tagesblätter, die Höchstpreise hätten die Ware von Berlin vertrieben und anderen Abgabebereichen zugeführt, hält der Magistrat für völlig unrichtig. Nachdem der Magistrat darauf hingewiesen, daß tatsächlich beim Kauf vom Produzenten weder Großhändler, noch Gemeinden oder sogar die Käufer der Reichsstelle sich an die festgesetzten Höchstpreise halten, kommt er zu der Feststellung, daß die abgeklärten Lieferungsverträge nicht hingereicht haben, um das Gemüse den Bedarfzentren zuzuführen. Der Magistrat verlangt denn, daß Maßnahmen getroffen werden, um das Gemüse auf dem Lande zu erhalten. Er kommt jetzt endlich zu der Auffassung, daß es empfehlenswert sei, das Gemüse für Groß-Berlin gemeinsam zu beziehen und es dann nach einem bestimmten Schlüssel zu verteilen.

Soweit die Kernpunkte der Berliner Eingabe. Wir haben bereits öfter dargelegt, daß die ungleiche Lebensmittelverteilung in Groß-Berlin auch zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß jede Gemeinde ihre Lebensmittel für sich beschafft und eine Gemeinde der andern die Waren abstrahlt. Auch die Lebensmittelbeschaffung der großen Betriebe — die mit Recht als eine schwere Schädigung der Ernährung der gesamten Bevölkerung bezeichnet wird — müßte unbedingt der Groß-Berliner Lebensmittelbeschaffung unterstellt werden. Bis man diese Lebensstände in Groß-Berliner Kommunalverträgen einsetzt und Abhilfe schafft, wird wohl noch einige Zeit vergehen.

Lebensmittelpakete an unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

Wie bereits amlich mitgeteilt wurde, ist das in den französischen Lagern erlassene Verbot der Auslieferung von Lebensmitteln, Tabak und Medikamenten an unsere Kriegsgefangenen aufgehoben worden. Die Angehörigen können daher Pakete mit den genannten Gegenständen den Gefangenen wieder wie früher zugehen lassen.

Bei dieser Gelegenheit wird erneut empfohlen, bei Versorgung der Gefangenen mit Lebensmittelpaketen usw. die Vermittlung der unter der Mitwirkung der deutschen Roten-Kreuz-Vereine in Bern gekaffenen Einrichtung weitgehend in Anspruch zu nehmen. Sie bietet die Möglichkeit der Verwendung von Paketen aus der Schweiz an Gefangene.

Die Pakete sind außerdem zweckmäßig zusammengestellt, enthalten Waren von bester Beschaffenheit und sind verhältnismäßig wohlfeil. Die Benutzung der genannten Einrichtung genährt vor allem auch den Vorteil, daß die Pakete viel schneller und sicherer in den Besitz der Gefangenen gelangen, als dies beim Versand aus Deutschland möglich ist.

Mit der Berner Stelle und den Roten-Kreuz-Vereinen ist zur Vereinfachung des Verkehrs vereinbart worden, daß die Berner Stelle unmittelbare Bestellungen bei Angehörigen nicht entgegennimmt, vielmehr müssen solche ausschließlich durch die zuständige Roten-Kreuz-Stelle oder durch die „Hilfe für Kriegsgefangene Deutsche“ ausgegeben werden, die in allen Bezirken Deutschlands vertreten sind. Die unmittelbare Bestellung durch Angehörige in Bern ist daher zwecklos, da die Briefe von dort zunächst wieder den zuständigen Vereinen zugeleitet werden und dadurch nur eine Verzögerung entsteht. Es ist zu hoffen, daß die Angehörigen die hier gebotene Gelegenheit einer schnellen und zweckmäßigen Versorgung der Gefangenen in möglichst weitem Umfange benutzen werden.

Es können folgende Pakete bestellt werden:

- List of various food and supply packages with prices, including items like Schokolade, Marmelade, and Zigaretten.

Die Gefangenen sind durch die Angehörigen zu benachrichtigen, daß ihnen ein Paket aus der Schweiz zugehen wird. Um unangenehme Reklamationen zu vermeiden, wird dringend ersucht, bei der Inhaltsangabe sich auf die allgemeine Bemerkung: „ein Chyprepaket, ein Raucherpaket, ein Wäschepaket, ein gemischtes Paket“ zu beschränken und die Zusammensetzung der Pakete nicht einzeln anzugeben, denn es läßt sich nicht vermeiden, daß bei Eintreten von Ausfuhrverboten oder aus anderen Gründen manchmal ein Artikel durch einen anderen — gleichwertigen — ersetzt werden muß. Der genaue Inhalt der Pakete wird dem Empfänger von der Verkaufsstelle mitgeteilt. Gewähr für die Ankunft der Pakete kann nicht übernommen werden. — Schadenersatz wird also nicht geleistet. Alle nur denkbaren Maßregeln zur Vermeidung von Verlusten sind getroffen. Die Beträge für die gewünschten Pakete sind auf Reichsdevisen Nr. 18 608 des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, Berlin NW. 7, unter Benennung einer Zahlartee zusätzlich 5 Pf. Zahlarteegebühr einzuzahlen. Auf der Rückseite des Zahlarteeabschnitts ist Nummer und Preis des Pakets, Name und genaue Adresse des Gefangenen anzugeben, besonders schriftliche Anträge sind nicht notwendig. Die Berücksichtigung besonderer Wünsche bezüglich des Inhalts der Pakete ist nicht möglich, ebensowenig das Beipacken anderer von den Angehörigen gelieferter Gegenstände.

Ähnliche Pakete sind auch für die Gefangenen in England und Rußland zusammengestellt, wofür man näheres beim Zentralkomitee des Roten Kreuzes, Abteilung für Gefangenenernährung, Abgeordnetenhause, erfahren kann.

Das Berliner Jugendamt.

Die seit langem verhängene Magistratsvorlage über das zu schaffende Jugendamt ist jetzt endlich der Stadtverordnetenversammlung zugegangen. Bevor die Aufgaben, die der Magistrat dem Jugendamt übertragen will, wurde im „Vorwärts“ bereits vor einigen Monaten berichtet. Es wird einstweilen hauptsächlich der körperlichen Erhaltung, unter anderem auch des Nachwuchses dienen und zu diesem Zweck die Schulpeisungen, die Lebensbedingungen, den Lebenshaltung usw. zu fördern suchen. Daneben soll es eine „wirtschaftliche Fürsorge“ für die Jugend ausüben durch „Beaufsichtigung der gewerblichen Beschäftigung der Schüler“ (wie die Vorlage sagt), durch Schulbesuch und durch Berufsberatung. Weiter will es die Einrichtungen zur Bildung und Unterhaltung der Jugend übernehmen, die Kindererhalten zur Vermeidung der Schulverluste, die Veranstaltung von Vorträgen, Besichtigungen, Konzerten, Theateraufführungen, Kinodarbietungen. Mit dem Jugendamt möchte der Magistrat auch einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen der auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätigen Vereine schaffen.

Für den Neubau der Berliner Obst- und Gemüse-Großhalle.

die nach einem von den Gemeindebehörden bereits gefaßten Beschluß an der Reußelstraße errichtet werden soll, hat der Magistrat den Stadtverordneten jetzt den Vorentwurf überreicht. Aufgestellt haben den Entwurf in gemeinsamer Arbeit die beiden bei dem Wettbewerb prämierten Architekten Janßen und Körte unter Mitwirkung der Marktballendeputation und der Hochbaudeputation. Die Kosten sind auf 20 821 000 M. veranschlagt, doch wird eine Einschränkung auf 18 400 000 M. als möglich bezeichnet.

Wäschebeschlagnahme.

Nachdem vor kurzem die Verwendung von Wäsche in Gasthäusern usw. beschränkt worden war, hat jetzt die Reichsbeschlagnahme durch eine sofort in Kraft getretene Verordnung alle gebrauchte und ungebrauchte Bett-, Haus- und Tischwäsche von Hotels, Pensionen, Gast- und Schankwirtschaften und ähnlichen Betrieben sowie von Wäscheverleihgeschäften beschlaggenommen. Die Maßregel wird damit begründet, daß ein lebhafter Handel mit dieser Wäsche eingeleitet habe, wovon unzweckmäßige Verwendung und ungerechtfertigte Preissteigerung zu befürchten sei. Die Wäsche wird nicht enteignet, sondern bleibt den Besitzern zur weiteren Verwendung, muß aber pfleglich behandelt werden. Für den 1. Oktober ist eine Bestandsaufnahme angeordnet, deren Ergebnis bis 15. Oktober an die Reichsbeschlagnahme gemeldet sein muß. Von der Bestandsaufnahme sind die kleinsten Betriebe ausgenommen, die Beschlagnahme aber erstreckt sich auf alle Betriebe.

Brand bei Schwarzkopff.

Eine Zeitungskorrepondenz, die ihre Nachrichten über Brände aus dem Bureau der Berliner Feuerwehr bezieht, meldet: Wegen eines größeren Fabrikbrandes wurde am Sonntag die Feuerwehr von mehreren Seiten nach der Scheringstr. 13/28 alarmiert. Dort war in der Gießerei an der Reußelstraße gegenüber dem Humboldtthau aus Unvorsichtigkeit Feuer ausgebrochen. Die Gießerei gehört zu der Berliner Maschinenbau-Anstalt Akt.-Ges. vormals S. Schwarzkopff an der Gartenstraße nahe der Stettiner Eisenbahn. Die Berliner Feuerwehr war schnell zur Stelle und es gelang ihr, den gefährlichen Brand auf die einstöckige Gießerei an der Reußelstraße und Reußelstraße zu beschränken. Gegenüber den verbreiteten Gerüchten können wir feststellen, daß keine Personen ernstlich zu Schaden gekommen sind, nur der Feuermann Koch erlitt leichte Quetschungen am rechten Fuß.

Straßenbahnzusammenstoß.

Zu einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge, bei dem dreizehn Personen verletzt wurden, kam es am Sonntagabend kurz nach 11 Uhr am Lauffer Platz. Dort fuhr ein Zug der Linie 90 auf der Kreuzung in einen Zug der Linie 91 hinein. Der Anprall war ziemlich heftig. An Trieb- und Weiswagen der Linie 91 wurden die Plattformen eingedrückt und mehrere Scheiden zer-

frümmert, auch die Vorderplattform des Wagens der Linie 90 wurde erheblich beschädigt. Zwölf Fahrgäste wurden durch umherfliegende Glasplitter leicht verletzt. Alle zwölf Personen konnten sich, nachdem sie auf der Unfallstation die erste Hilfe erhalten hatten, ohne fremde Hilfe nach Hause begeben. Die Fahrerin Martha Saas dagegen hatte eine Gehirnerschütterung davongetragen und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Die durch den Zusammenstoß verursachte Störung dauerte bis 1 Uhr nachts.

Drei Personen nach Genuß von Pilzen verstorben. In dem Hause Badstraße 9 wohnt die Ehefrau Frida des Dekorationsmalers Anlehn mit ihrer Tochter Gertrud und ihrem 9 Jahre alten Sohne Paul. Der Vater steht zurzeit im Felde. Die Familie hatte Pilze gesammelt und ein Gericht bereitet. Nach dem Genuß wurde ihnen unwohl und es stellte sich Erbrechen ein. Nachher liegen sie noch einem Krankenbette hin, wo man sofort alle Gegenstände anwandte. Heute sind nun alle drei an der Vergiftung gestorben.

Unfälle. Durch einen Sturz von der Treppe ist die 34 Jahre alte Arbeiterin Anna Niet, die Mühlendorfer Str. 57 im Keller wohnte, tödlich verunglückt. Sie wurde in der Nacht am Fuß der Kellertreppe mit schwerem Schädelbruch bewußtlos aufgefunden und starb noch vor der Ueberführung nach einem Krankenhaus. Ein drei Jahre alter Knabe Kopechenski, der mit seinen Eltern aus Bohum hierher gekommen war, um Verwandte in Reußhain zu besuchen, wurde gleich nach der Ankunft am Schlesiens Bahnhof von einem Straßenbahnwagen überfahren. Auf der Rettungswache konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Einschreier erbeuteten in einem Geschäft an der Brenzlauer Allee für 8000 M. Pelzwaren. Für 1800 M. Stiefel wurden von Einschreibern aus einem Laden in der Windstraße gestohlen.

Charlottenburg. Lebensmittel. In der Zeit vom Donnerstag, den 30. August bis Sonnabend, den 8. September, findet eine allgemeine Verteilung von Graupen bezw. Gerstengrütze und Suppen statt.

Es werden verabfolgt: 125 Gramm Graupen bezw. Gerstengrütze zum Preis von 30 Pf. auf Abschnitt 127 der roten Nahrungsmittelliste und 100 Gramm Suppen (Lose) zum Preis von 18 Pf. oder 2 Suppenwürfel bezw.beutel a 10 oder 15 Pf. auf Abschnitt 128 der roten Nahrungsmittelliste.

Neußeln. Lebensmittel. In der laufenden Woche werden auf die sechs schraffierten Abschnitte 5 Pfund und auf die vier weißen 2 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Vom 1. September ab wird eine nochmalige Verteilung von Einmachegütern vorgenommen. Die Ausgabe erfolgt auf Abschnitt 21 der Neußelner Zuckerkarte, und zwar in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Zuckerbezug bewirkt ist. Zur Ausgabe gelangen auf den Kopf der Bevölkerung 500 Gramm, jedoch in der Zeit vom 1. bis 15. September 875 Gramm Zucker verabfolgt werden.

Städtische Dörranstalt. Als städtische Dörranstalt wird die Erste Berliner Malzfabrik in der Hermannstraße, die in den Besitz der Stadtgemeinde übergeht, benutzt werden. Die dort vorhandenen aus-

gedehnten Einrichtungen finden zu Vorräten für Gemüse und Obst in städtischem Betriebe Verwendung. Durch diese Einrichtung wird der Magistrat der Bevölkerung preiswerte und gute Lebensmittel verschaffen. Gleichzeitig werden die übrigen Räumlichkeiten zu Lagerzwecken für die von der Stadt bezogenen Nahrungsmittel dienen.

Schöneberg. Kartoffelverteilung. In der laufenden Woche dürfen auf die Abschnitte 70a-70e der Kartoffelliste 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Gleichzeitig können gegen Abgabe des Mittelstücks der Kartoffelliste weitere 2 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Eine große Anzahl von Kartoffelhändlern hat die Abnahme von Kartoffeln, angeblich weil sie überliefert seien, verweigert. Der deshalb bei seinem Händler die Kartoffeln nicht erhalten so alte, ist ohne weiteres berechtigt, die ihm zustehende Menge Kartoffeln in einer der städtischen Verkaufsstellen Martin-Luther-Str. 46, Hohenzollernstraße 57, Gustav-Müller-Str. 5 zu entnehmen.

In Schöneberg findet die Voranmeldung auf 1/2 Pfund Reis oder Weizen auf Grund der von den Brotkommissionen ausgegebenen Scheine vom 28. bis 30. August in den durch Anschlag kenntlich gemachten Schüßleitenverkaufsstellen statt.

Wilmerdorf. Zuckerverteilung. Für jeden Einwohner können zusammen etwa 2 Pfund Zuckermittel zur Verteilung. Der Einmachegüter wird in Gestalt einer Sonderzulage von je 1/2 Pf. auf den Abschnitt 21 der Wilmerdorfer Zuckerkarte abgegeben. Auf Abschnitt 21 können somit in der Zeit vom 1. bis 15. September je 1/2 Pf. Zucker bezogen werden.

Lichtenberg. Lebensmittel. Auf die zehn Abschnitte der Kartoffelliste werden in dieser Woche 5 Pfund Kartoffeln verteilt, auf Abschnitt 91 der Lebensmittelliste außerdem noch 2 Pfund. Auf Abschnitt 95 S-K dürfen für die Zeit vom 1.-15. September je 500 Gramm Zucker, auf Abschnitt 95 G, 95 J und 95 E je 375 Gramm entnommen werden. Die Abschnitte sind bis Mittwoch bei dem Verkäufer abzugeben. Auf die Lichtenberger Lebensmittellisten können in dieser Woche entnommen werden: Auf Abschnitt 88 125 Gramm Haferflocken zum Preis von 0,11 M. Auf Abschnitt 76 B nach wie vor 1 Kastenluch zum Preis von 1,35 M., in der städtischen Verkaufshalle abgegeben. Auf Abschnitt 80 G und J je 8 Suppenwürfel, 0,10 M. Auf Abschnitt 90 Mäckerwaren. Ohne Marken werden abgegeben Rindfleisch 1 Pfund 1,30 M., frische Fisch- und Seefische. Für den Kauf von Fleisch und Fischwaren erfolgt eine Voranmeldung in den Geschäften nicht.

Die Bezugsabschnitte sind in den Kleinhandelsgeschäften bis zum Mittwoch, abends 7 Uhr, abzugeben.

Tempelhof. Lebensmittel. In der laufenden Woche werden abgegeben: 5 Pfund Kartoffeln auf die Abschnitte 70a bis e der Kartoffelliste. 5 Pfund Kartoffeln auf den Abschnitt 42 der roten Lebensmittelliste unter dem Vorbehalt, daß, falls später einmal eine geringere Zufuhr an Kartoffeln eintreten sollte, eine Anrechnung auf die Kartoffellisten einer künftigen Woche erfolgt. Für einen Teil der Bevölkerung kommt 1 Pfund Runkelrübe auf Abschnitt 26 der Lebensmittelliste und 1/2 Pfund Dörrgemüse auf Abschnitt 25. Wegen Verkauf von Runkelrübe und Dörrgemüse ergeben sich be-

sondere Bekanntmachungen. Außerdem sind noch in den drei öffentlichen Verkaufsstellen der Gemeinde verschiedene andere Lebensmittel erhältlich. Die Probierverkaufsstellen werden des Montags von 5 Uhr morgens an geöffnet sein.

Oberschöneweide. Lebensmittel. Ab 27. August sind vorläufig zu verkaufen 4 Pf. Kartoffeln auf die 8 Abschnitte 70a, b, c und d der Kartoffelliste. Außerdem an Schwerarbeiter 2 Pf. Kartoffeln auf die 4 Abschnitte 70 der Kartoffelliste. Der Kleinhandelspreis beträgt 12 Pf. per Pfund.

An Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahr werden im Monat September 2 Pfund Haferflocken in folgenden Geschäften abgegeben: Göbel, Edison- und Wilhelmshofstraße; Matom, Kalesastraße; Kühne, Schillerpromenade, und Jany, Parkstraße. Die Ausgabe erfolgt gegen Vorlegung einer bei der roten Ausweisliste, welche am 27. August zur Ausgabe gelangt ist. Kolonialwaren für Mäuler und Reuhinzugehende werden ebenfalls in obigen Geschäften verabfolgt.

Mitglieder der Konsumgenossenschaft und des Beamten-Wirtschaftsvereins erhalten ihre Waren in den hiesigen Filialen.

Romawi. Lebensmittel. In dieser Woche dürfen auf den Wochenabschnitt 55 der Kartoffelliste zusammen nicht mehr als 7 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Soweit infolge Zeitnahme an der Vollverteilung 3 Abschnitte der Kartoffelliste abgetrennt werden, dürfen auf die restlichen 4 Abschnitte nicht mehr als 4 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Auf die Wochenreihe 54 der Kartoffelliste werden nicht mehr als 8 Pfund Kartoffeln verteilt.

Von heute bis Sonnabend, den 1. September, werden auf Kartenabschnitt 60 der Lebensmittelliste Graupen und auf Abschnitt 61 Nahrungsmittelwürfel abgegeben. Auf Abschnitt 60 entfällt 1/2 Pfund Graupen zum Preis von 8 Pf., auf Abschnitt 61 1 Nahrungsmittelwürfel a 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 45. Vom dritten Tage an. — N. 2. 88. Der von Ihnen angegebene Grund berechtigt Sie nicht zum sofortigen Ziehen; Sie hätten bis spätestens den 15. d. Mts kündigen müssen. — G. 2. 16. 1. und 2. Bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. 2. Ja. — G. 2. 19. Sie sind zum Schiedsverfahren verpflichtet. — Wasbit 24. 110. Charlottenstr. 82. — G. 2. 9. Herrn Stark, geb. Borten, Berlin-Steglitz, Princes-Str. 3. — G. 2. 100. Bartha kam im Jahre 1795 bei der dritten Teilung Polens an Preußen als Hauptstadt der Provinz Südpreußen. Im November 1806 wurde die Stadt von den Franzosen besetzt; im Frieden von Tilsit im Jahre 1807 wurde Bartha Hauptstadt des neuen Herzogtums Bartha. — W. 2. 30. Berlin SO 16, Engelauer 18 III. — W. 2. 1902. Es kommt doch darauf an, ob das Gedicht literarischen Wert hat; ohne Kenntnis kann natürlich kein Urteil abgegeben werden. — G. 2. 70. Wenn der Magistrat Sie als Selbstverleumdung behandelt, so haben Sie auch Anrecht auf das den Landwirten zur Verfügung stehende Quantum, das sind pro Kopf und Tag 1/2 Pf., in Ihrem Falle also 3 1/2 Pf. pro Woche. Sollte der Magistrat dem nicht entsprechen, wenden Sie sich beschwerdeführend an die Provinzial-Kartoffelstelle Potsdam.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zellweise heiter, jedoch ziemlich kühl und wiederholt bewölkt, mit weit verbreiteten, im Osten meist geringen, im Westen vielfach stärkeren Regenfällen.

Deutsches Theater.

Letzte vier Aufführ. 8 Uhr: Max Pallenberg in **Der kleine Napoleon**. Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 7 Uhr: **Faust I.**

Kammerspiele. Letzte vier Aufführ. 8 Uhr: Hans Wasmann u. Ida Wüst in **Goldfische** (Lustspiel). Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 8 U.: **Gespensersonate**.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schön. Tor. Letzte vier Aufführ. 7 1/2 U.: **Fahrende Musikanten**. Musik von Robert Schumann. Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 7 1/2 U.: **Was ihr wollt**.

Lessing-Theater. Letzte vier Aufführ. 7 1/2 U.: **Henry Bender in Die Königin der Luft**. (Gesangsposse.)

Theater L. d. Königsgrätzerstr. 8 Uhr: Künstlerische Tänze. Frage an das Schicksal. Abschiedssouper.

Komödienhaus. 7 1/2 U.: **Erdgeist**.

Berliner Theater. 7 1/2 U.: **Die tolle Komtesse**.

WINTERGARTEN. Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan. Dazu: 9 Uhr abends **Venezianische Nacht**. Pantomime in 12 Bildern von Karl Vollmoeller.

Zirkus A. Schumann. Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Das **Zirkus-Varieté-Programm** 3 Meinelkes Halabrech. Akt. Classons ganz neue Leist. Max u. Moritz. Luis u. Sohn. — Suma. **Halali** Parforce-Schnitzjagd.

Berliner Prater-Theater. Stationsallee 7-9. Sum 98. Male: **Uha — famos!** Gr. Aufführungs-Operettenposse in 3 Akten mit Feiern u. Tanz. Berber d. gr. Varietéprogramm. Anfang 4 1/2 U.

Theater für Dienstag, 28. August.

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt**.

Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 U.: **Das Dreimäderlhaus**.

Geb. Herrfeld-Th. Operetten-Gastspiel. 7 1/2 U.: **Die ledige Ehefrau**.

Kleines Theater. 8 Uhr: **Die Hausdame**.

Komische Oper. 7 1/2 U.: **Schwarzwaldmädel**.

Lustspielhaus. 7 1/2 U.: **Die blonden Mädels vom Lindenhof**.

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Die Verhüllte**.

URANIA. 8 Uhr: **Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina**.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Heute große Benefizvorstellung für G. Wirthler, J. Biltz, R. Redtke. **Der Wälfertönig**. Soubor: Größtflüßiges Spezialitäten-Programm. Anf. mont. 7 1/2, Sonn. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 U. Nächsten Sonntag, 2. 9.: Erste Nachmittags-Vorstellung. 2. ermäß. Pr. 1.

Reichshallen-Garten u. Saal: **Bilthgen-Konzert**. Anf. 8 Uhr. Sonn. 6 Uhr.

Rose-Theater. 7 1/2 U.: **Die Stunde des Vertrauens**. (Garten- u. Saalbesuchen.)

Walhalla-Theater. 7 1/2 U.: **Zigeuner**. (Gartenbühne: Vorstellung.)

Patrol. Tägl. 7 1/2, Sonn. 5 1/2 u. 7 1/2. Nur noch bis 31. August! A. Steifel, A. Müller-Lincke in: **„Der Herr ohne Wohnung“**. **„Aira“**. Persina — Nanti.

Metropol-Theater. 7 1/2 U.: **Die Czardasfürstin**.

Neues Operettenhaus. Schiffbld. 4a. Kassent. N. d. 281. 7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie**.

Schiller-Theater O. 7 1/2 U.: **Die Jüdin**.

Schiller-Th. Charl. 7 1/2 U.: **Alt-Heidelberg**.

Thalia-Theater. 7 1/2 U.: **Egon und seine Frauen**.

Theater am Nollendorfsplatz. 7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone**.

Theater des Westens. Beginn der Winterspielzeit. Sonnabend, 1. September. Z. 1. M.: **Der verliebte Herzog**.

Casino-Theater. Lotzringstr. 37. Täglich 7 1/2, 8 Uhr: **Wirflinger Humor! Gr. Erfolg! Die Schlagerposse**.

Heiraten mußte! **Sehrer der neue kunte Teil**. Sonn. 4 Uhr: **Opste, die Perle**.

Trianon-Theater. a. Bf. Friedrichstr. Tel. Zl. 4027. 7 1/2 U.: **Der reizende Adrian**.

Admirals-Palast. Die Novität **Abrakadabra**. Gr. phant. Ballett a. d. Elise. Angenehm. kühl. Aufenthalt 7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten. Belet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden Über-

geschulte Kräfte gesucht sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teil zu nehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Kampfes sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack Hochfeld“, 80 S., starke Broschüre kostenlos. Bonness & Hochfeld, Potsdam. Postfach 107.

Dr. Ed. David MAR: **Wer trägt die Schuld am Kriege?** Diese Frage hat Genosse Edward David in einer vor dem holländisch-nordnordischen Friedenskomitee in Stockholm gehaltenen Rede beantwortet und vertritt in geradezu meisterhafter Weise den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse muß diese Broschüre gelesen haben! Preis 1,— Mark. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3 (Laden), sowie sämtliche Zeitungsausgabestellen.

Beischnahmezeit. Mengen gebraucht 1/2. **Seft-Wein** 25 Pf. bis 4 Pf.

Korfe und alle anderen Sorten sowie **Zelluloid-Film-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten**. **Orbower G. m. b. H.** Berlin, Georgenstr. 50 beim Alexanderplatz, 9-12, 3-6 Uhr.

H. Pfau, Bandagist Berlin **Direksenstr. 20** (mit Bahnh. Alexanderplatz u. Golzestr. — Amt Kat. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. Vorkant für alle Krankenkaf.

Dr. Hellwig Sprechstunden ab 31. 8. 17 nachmittags 4-8. 071.

Für Feldsoldaten! **Deutsch-Polnisch** 15 Pf. **Deutsch-Französisch** 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin

„Fredy“ Zigaretten 1000 B (3 Pf.) . . M. 30.— 1000 C (4,2 Pf.) . . 38,50 1000 D (6,2 Pf.) . . 49.— Versand und Verkauf nur sortiert. Nachnahme oder Vorher-einsendung. **„Fredy“ Zigaretten-Vertrieb-Norden** 145L Berlin N 54, Brunnenstraße 17. Fernruf: Nord 2343. Geöffnet wochentags 8-7, Sonntags von 8-10.

Kenters Werte 3 Bände 5 M. Buchhandlung Vorwärts

Spezialarzt Dr. med. Coleman 1. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkrankh., **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. I. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüb. **Friedrichstr. 81, Panoptik-Königstr. 34-36, Ecke Neue Spr. 10-1 u. 5-8, Sonn. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.**

Am Sonntag, den 26. August 1917, nachmittags 3 Uhr, entfiel nach langem Leiden mein lieber Mann, Vater, unser Schwiegervater und Großvater **August Rathenow** im 67. Lebensjahre. 2788 Im Namen der Hinterbliebenen **A. Rathenow** geb. Kroll, Bin.-Reinickendorf, Seefr. 7/8. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Aug., nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Berlin, Gerichtstr. 37, statt. Auf Wunsch des Verstorbenen Blumenpenden werden.

Am 26. d. M. verfiel plötzlich infolge Schlaganfalls der Schlosser **Gustav Neise** im blühenden Alter von 41 Jahren. Dies zeigen tiefbetäubt an **Minna Lange und Kurt**, Vater und Schwieger. Heideburger Straße 50, den 28. August 1917. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Stions-Richthofes, Norden, aus statt. 2806

Am Sonnabend, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, entfiel nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann und Vater, Schwager und Onkel, der Schriftfeger **Franz Wiese** im 49. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetäubt an **Anna Wiese** nebst Tochter **Emma**, Charlottend., Rosinenstr. 20. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lützen-Richthofes, Pärtzenbrunner Weg, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel **Ludwig Radke** nach kurzen, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Dies zeigen an in tiefem Schmerz **Gustav Radke**, **Richard Radke**, **Hedwig Bürger** geb. Radke, **Gertrud Franz** geb. Radke nebst Familienangehörigen. Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 29. d. 22., im Krematorium, Gerichtstr. 37/38 statt. 1407

Haar- u. Velourhüte Vorverkauf Stück 28 M. **Lindeku, Rosenthalerstr. 88.** II. Geschl.: W. Bayerischer Platz 7, Gde Brunnenbldstr. 56.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **August Doberschütz** sage ich allen daran Beteiligten, insbesondere dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Kollegen der Städtischen Gas- und Wasserwerke meinen innigsten Dank. 674 **Frau Mathilde Doberschütz**

Bekanntmachung. Vom 1. September d. 28. ab wird die Sperre des Bahnweges für Frachtgüter und Wagenladungsgüter und die Verweisung dieser Güter auf den Wasserweg auf den Verkehr zwischen den Berliner Innenbahnhöfen, den Bahnhöfen der Berliner Ringbahn sowie Lichtenberg-Friedrichshofe und Rummelsburg bei Berlin einerseits und den Bahnhöfen Potsdam und Berder andererseits sowie auf den Verkehr zwischen Potsdam und Berder ausgedehnt. Ausgenommen von der Sperre sind die in früheren Bekanntmachungen aufgeführten Güter. Nähere Auskunft erteilen die bereits bekanntgegebenen Stellen und die Firma Julius Brode in Potsdam. 262/17 Berlin, im August 1917. Königlich Eisenbahndirektion.

„Atama“ Straußenfedern sind die besten. **„Atama“ Edelstraußenfedern** die allerbesten und bleiben 10 Jahre schön. **„Atama“ Straußenfedern** kost. 30cm lang 12 M., 35cm lang 18 M., 60 cm lang 25 M. **„Atama“ Edelstraußenfedern** kost. 40 cm lang 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M. Versand nur direkt durch **Hesse, Dresden, Schaeffelstraße**. Eine Probefedern pr. Nachn.

Der Hausbesitzer.

Von Janusz Korczak

Der Hausbesitzer Komogit wollte seine Tochter in die Gesell-

chaft einführen und seinen Sohn zur Beendigung der Studien ins

Ausland schicken. Und er sagte sich: ich werde meinen Mietern die

Miete erhöhen.

Er tat es. Und er fühlte jene Befriedigung, die ein Mensch empfindet,

wenn er seine Pflicht getan hat.

Da begann eine Kette seltsam komischer Geschehnisse. Der In-

haber des Ladens mit Herrenartikeln — Wäsche, Krawatten, Spazier-

stöcke — machte sich über die unvorhergesehene Ausgabe Sorgen.

Er rechnete und überlegte lange und kam schließlich zu folgendem

Entschluß:

„Ich schaffe einen jungen Mann ab und zahle von heute ab

zehn Kopelen weniger Arbeitslohn für ein Hemd und fünf Kopelen

weniger für eine Krawatte. Die Gratifikation bleibt in diesem

Jahre aus.“

Die Sorge fiel ihm wie ein Stein vom Herzen.

Von dem Tage an mußten sieben Wäscherinnen und drei

Arbaiterinnen eine Stunde länger arbeiten, um ebenso viel

Geld zu verdienen wie früher. Der Hausdiener seufzte, daß er

seinen Kindern keinen Weinachtsbaum werde schenken können. Der

entlassene junge Mann eröffnete seinen eigenen Laden mit Schreib-

utensilien und verlor nach drei Monaten die Mithilfe seiner Frau

und sein eigenes kleines Barvermögen, dann verkaufte er alles und

reiste mit Frau und Kindern nach der Mandchurei.

Der zweite Laden war an einen Viktualienhändler vermietet.

Auch ihm machte die Mietsteigerung Sorge. Er überlegte und

rechnete lange und kam schließlich zu folgendem Entschluß:

„Burst ist Burst, was drin steckt, weiß keiner. . . . Wehl und

Salz ohne Jutaten ist gut, mit Jutaten — bringt die Ware mehr

ein, und Milch mit Stärke und Wasser steckt ebenfalls wehl aus. Im

Handel gibt's keine Sentimentalität.“

In der ersten Etage des Vorderhauses wohnte ein Rechtsanwalt.

Als er von der Steigerung erfuhr, teilte er die Sorge seiner Frau

mit. Sie überlegte nicht lange und sagte:

„Ich lasse mich aus der Mitgliederliste für die Ferienkolonien

streichen. Ich ziehe der Lehrerin drei Rubel monatlich und Stasjos

Nachhilfelehrer zwei Rubel monatlich ab. Ich muß dann auch auf

das Abonnement der „Pädagogischen Rundschau“ und der „Jugend-

schrift“ für die Kinder verzichten. Du deinerseits wirst die Zeit-

schrift „Hygiene und Gesundheit“, die ein Rechtsanwalt nicht un-

bedingt braucht, aufgeben. . . . Ich zahle dem Tapezierer nicht mehr

als 60 Pfennige pro Fenster und werde allein in die Markthalle

gehen und sellischen, so gut ich kann.“

Die Lehrerin mußte täglich eine Stunde länger unter-

richten und konnte dem Vorleser keinen Gratulanten mehr er-

stelle, wurde Zeitungverkäufer und vermietete einen Winkel seiner

Stube, in der er mit seinen drei Kindern wohnte, an einen

Gärtnerburschen. Kurz darauf starben alle drei Kinder, eins

nach dem andern an Diphtherie. Der Gärtnerbursche hatte seine

Schwester befehlt, deren Kinder an Diphtherie erkrankt waren, und

übertrag die Krankheit auf die Kinder des Hausdieners. . . .

Im Souverain des Hauses wohnte ein Schuster. Gerade als der

Verwalter die Nachricht von der Mieterhöhung brachte, hat die acht-

jährige Manjaka um fünf Kopelen für ein Gest. Der Schuster rief:

„Das Rädel hat genug gelernt!“ und gab sie in eine Waisens-

schule. Und die Schusterlehrlinge bekamen noch kleinere Portionen

als sonst.

Die Kette zog sich noch lange, bis ins Unendliche hin. Und

alle diese Dinge geschahen, damit ein junges Mädchen in die Gesell-

schaft eingeführt und ein junger Mann ins Ausland geschickt werden

konnte. Komisch fürwahr! Und noch komischer, daß weder der

Hausbesitzer, noch dessen Kinder von diesen Vorgängen etwas

ahnten.

Das Rechenegemmel des Hausbesitzers stimmte

(Verech. Uebersetzung von St. Goldenring.)

Haltbarmachen von Gemüse durch Salz.

Grüne Bohnen: 20 Pfund Bohnen, 1 Kilogramm Salz.

Die Bohnen, die nicht holzig sein dürfen, werden gewaschen,

abgesäubert, grob geschneitelt oder in kleine Stücke gebrochen. Dann

werden sie, mit dem angegebenen Salz gut untermischt, in Stein-

töpfe oder Holzfässer fest eingedrückt, und zwar so, daß sich eine

Salzkruste bildet. Wird sich diese nicht, so wird ein wenig stark ge-

salzenes Wasser darüber gegossen. Man bedeckt die Bohnen mit

einem weichen, in Salzwasser durchgewaschenem Tuch, legt ein Holz-

brettchen oder einen Teller darüber und beschwert ihn mit einem

Feldstein. Die Salze muß über den Bohnen stehen.

Aufbewahrung: Das Gefäß muß in einem kühlen Räume auf-

bewahrt werden.

Pflüge: Die Bohnen müssen aller acht Tage nachgesehen werden.

Steht die Salze nicht klar über den Bohnen, so müssen die schleimigen

Pflüge die sich gebildet haben, abgenommen werden. Man wäscht

das Tuch und das Brettchen gut und bringt die Bohnen wieder in

Ordnung, wie bereits angegeben.

Kochen der Salzbohnen: Die Bohnen werden 2-3 Stunden

in kaltem Wasser ausgewässert und dann wie frische Bohnen ge-

kocht. Das Salzwasser wird zu Suppen verthannt.

Es können zu den eingelegten Bohnen immer wieder frische

Bohnen hinzugefügt werden, bis der Topf gefüllt ist.

Ebenso werden eingelegt: Kürbisse, Kohlrüben.

Pilze: 1 Kilogramm Pilze jeder Art, 1/2 Pfund fein ge-

schnittene Zwiebel, 200 Gramm Salz.

Die Pilze werden gewaschen und gepulvt. Hierauf werden sie

in leichtem Salzwasser einmal aufgekocht, auf einen Durchschlag ge-

und 15. Jahrhundert aus Deutschland nach Litauen und Polen sich

verbreitete, eine Fülle mittelhochdeutscher Sprachgüter nach Osten

geschleppt wurde, das sich dann mit dem Hebräischen verknüpfte.

Der jiddische Dialekt hat sich im Laufe der Zeit auch die Werke der

Weltliteratur, und zwar ganz vorwiegend die der deutschen, zu-

gänglich zu machen gesucht, wobei die deutschen Werke zumeist wort-

lich oder doch nur mit geringen Veränderungen ins Jiddische über-

tragen wurden. Auf diese Weise sind auch die deutschen Klassiker

ins Jiddische übernommen und dadurch den Ostjuden vermittelt

worden.

Die „Wilnaer Zeitung“ veröffentlicht hierüber einen fesselnden

Aufsatz, dem zu entnehmen ist, daß von den Werken Goethes sehr

viele ins Jiddische überetzt worden sind. So gibt es vom „Faust“

eine ganze Reihe von Uebersetzungen, z. B. von Daskower, Bleicher

und Gernheim. Letzterer hat ferner auch den „Werther“, den

„Götter“, „Clavigo“ und „Egmont“ überetzt. Die sich Goethe

im Jiddischen ausnimmt, das mögen ein paar berühmte

Zeilen der Rede zu „Werthers Leiden“ veranschaulichen. Es

heißt da: „An du, gute Seele, woh fielest (d. h. fällst)

aleiche (d. h. folche) jissurim (Leiden), wie er hot (hat) gefiele (ge-

fühl), schepf (schöpfe) treest (trost) von seine Joretz (Leiden) und

los (lasse) dos dosige (dieses) Bichel (Buch) sein dein Freund (Freund),

wenn du host (hast) kein Wasel (Wid) nit (nicht) zu durch eigene

Schuld kennst nit (kannst nicht) gefinen (finden) kein besseren

Freund (Freund).“ Schillers historisches Pathos scheint dem jiddi-

schischen Geschmack weniger zu gefallen, und seine Werke sind daher

seltener überetzt worden. Die „Räuber“ hat Kassel übertragen,

auch haben Finkel und Harenstein Schillers Gedichte überetzt, so

zum Beispiel der letztere dem „Jüngling am Bache“, der sich im

Jiddischen in „dos Jengel beim Teich“ verwandelt hat. Auch

Lessing ist mehrfach überetzt worden, natürlich vor allem Nathan

der Weise“, den Vinetli wörtlich überetzt, worin in erzählende Form

übertragen hat. Auch „Emilia Galotti“ hat in Judion einen Ueber-

setzer gefunden. Zahlreich sind schließlich die jiddischen Ueber-

setzungen von Werken Heines. Das bekannte Frühlingslied „Weile

zieht durch mein Gemüt“ stellt sich in der Uebersetzung von Norman

folgendermaßen dar:

Es' zihen still durch mein gemit

libliche gelangen,

Kling, mein lieeneh frillingalib

Un farwig (d. h. wiegen) in Klängen,

Welt, welt Kling, bis jenem haub

Wu die blumen seinen

westu (wirft du) dort dersehen a rois (eine Rose)

fo (sage) ich gruß (grüße) von danen (hier).

Notizen.

Die Winterspielzeit der Theater setzt wieder ein.

Das Deutsche Theater eröffnet am Sonnabend mit Goethes „Faust“,

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Anudien.

Er konnte an dem Tage mit keiner Arbeit recht fertig

werden und konnte seine Gedanken nicht von dem Vieh los-

lösen, das trotz dem Verbot noch da unten im Moore stand.

Eine Zeitlang am Nachmittag ging er ganz auf in dem Ge-

danken: Genau das zu tun, was er selbst richtig fand, und

dann die Obrigkeit und die Regierung und die alte Familie,

kurz, die ganze elende Sippschaft mit ihm machen zu lassen,

was sie wollten: Mochten sie ihn in Arrest bringen und aus-

spänden usw. bis er finden mußte, daß der Augenblick dazu

gekommen wäre, daß er sich mit ihnen befakte und es

ihnen nach Verdienst heimzahlte.

Doch dann fiel ihm sein Vater ein. Der konnte ja auch

manchmal drauf losgehen, aber im allgemeinen nahm er doch

Rücksicht auf all diese Gesetze und Verordnungen und Sauner-

streiche. — Noch vor Sonnenuntergang sah Anders im Boote

des Djerrehofs und ruderte zum Vorland hinüber. Von da

ging er nach Hause nach dem Langhof.

Außerdem hatte Anders seinen Vater gefragt, ob er wohl

nicht Lust habe, den Langhof zu verkaufen und zu ihm hin-

überzuziehen. Der Alte war mit sichtbarer Freude darauf ein-

gegangen. Im Laufe des Herbstes wollte er kommen.

Anders ging noch an demselben Abend, als er nach Hause

gekommen war, ins Pajmoor hinunter und nahm seine Kinder

aus der Herde heraus. Am nächsten Tage beantragte er auf

dem Thinghof gegen Proprietär Faurholt gerichtliche Ladung

wegen ungesetzlicher Vernehmung von gemeinsamem Grund und

Boden.

Unmittelbar darauf begehrte und erhielt Rechtsanwalt

Bölling als Vertreter Faurholts einen Aufschub von zwei

Monaten, vom 20. August bis zum 20. Oktober.

Anders wurde mehr von einem Gefühl von der Wunder-

lichkeit der Welt als von ihrer Schledchtigkeit ergriffen, als

er erfuhr, daß dem Kristin Faurholt dieser Aufschub ein-

geräumt wäre. So wie ein Mensch sich über die postterliche

und überraschende Art wundern mag, wie eine Krankheit ihn

behandeln kann, indem sie mancherlei Gestalten annimmt,

Das Verhältnis zwischen Anders und seiner Schwester

war weniger gut in diesem Herbst. Denn sie ging in be-

stimmiger Verwunderung über ihren Freund Niels umher,

daß es wirklich einen Menschen gäbe, so liebevoll, so zärtlich

und liebenswert wie ihn. Ihr Gesicht hatte immer diesen

verwunderten Ausdruck gehabt, wie er sich häufig bei den

hübschesten Frauen jener Gegend findet, aber früher hatte er

gleichsam dem Leben, im ganzen genommen, gegolten. —

Jetzt galt er nur dieser einen Latzacke. Es war nicht

sonderbar, daß Niels in sie verliebt sein konnte,

denn sie war ungewöhnlich schön in dieser Zeit. Das

Ferne in ihrem Blick war gleichsam näher gekommen und so

lebendig geworden; sie war wie ein Märchen, das Wirklichkeit

werden will, wie eine weiße Rose, die errödet.

Aber Anders fand es fast treulos von ihr, ihr Herz so

entschieden dem Bruder Gjatrids zu schenken, denn er verstand

weder Niels, noch Gjatrid, besonders jetzt nicht, wo er nie-

mals mit Gjatrid zusammen war. Er verabscheute ihre

Eltern — ohne das mindeste Verstehen — am meisten jedoch

30]

(Fortf. folgt.)

